

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabezeiten und in den Abnahmestellen monatlich 3,50 Zł., mit Zustellgeld 3,80 Zł. Bei Postbezug monatlich 3,89 Zł., vierteljährlich 11,66 Zł. Unter Streifenband monatlich 7,50 Zł., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abrechnung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 209

Bromberg, Donnerstag, den 12. September 1935.

59. Jahrg.

Petroleum macht Politik.

MTP Paris, 10. September.

Die abessinische Petroleumgrube hat ein reiches, schmerzloses Ende gefunden. Die Politik der Petroleumindustrie hat sich der Politik der amerikanischen Staatsgewalt beugen müssen. Aber es war keineswegs immer so, und nicht wenige berufsmäßige Politiker sind durch diese Wendung der Dinge stark überrascht worden. Man war seit langem daran gewöhnt, die Petroleumindustrie genau so als Großmacht internationalen Formats zu betrachten, wie etwa die Rüstungsindustrie, mit der sie ja mancherlei Charakterzüge verbindet. Beide Industrien machen ihre eigene Politik, haben ihre eigenen Gesetze und haben nicht selten auch ihre eigenen Kriege geführt, in denen oft genug legitime Staatsgewalten zerstückelt auf der Strecke blieben.

Der Sprung der Ölindustrie in die große Politik begann im Kaukasus. Drei Mächte kämpften während des Weltkrieges um die Petroleumschätze dieses Landes: Rußland als bisheriger Landesherr, Deutschland, dessen Orient-Armee Georgien besetzt hielt, und England, das bereits Bagdad in der Tasche hatte und jetzt dabei war, seine Hand auf Persien zu legen. Rußland, inzwischen zum Sowjetstaat geworden, gewann das Spiel, und England blühte zum Schluß sogar noch seinen Einfluß in Persien ein. Englische Optimisten sagten jedoch, daß das Spiel noch keineswegs endgültig entschieden sei, und wenn der britische König Sir Henry Deterding heute Millionen für die Finanzierung der Weißrussen und der kaukasischen Nationalisten ausgibt, so weiß er genau, was er tut. Die Behauptung, daß er dies nur wegen seiner Gattin täte, die bekanntlich dem Zarenhaus entstammt, erscheint selbst für eine fromme Legende als etwas zu kindlich.

Während des türkisch-griechischen Krieges kämpfte die Ölindustrie gegen die Rüstungsindustrie. Hinter Griechenland stand der „Kanonenkönig“ Basil Zaharoff, Vetter der Vickers-Armstrong, hinter Mustafa Kemal die Standard Oil, deren Agent Chafer mit der Regierung von Angora fast den gleichen Vertrag schloß, wie heute Rickett mit dem Regus. Griechenland und Zaharoff verloren den Krieg, aber auch die Standard Oil siegte nicht, denn die Konzeptionsverhandlungen zerklüfteten sich kurz vor dem Abschluß.

1924 tobte der Krieg zwischen Frankreich und Abd-el-Krim. Während die Geschütze donnerten, landeten an der Rif-Küste in aller Stille der englische Agent F. W. Rickett und bald nachher der Kapitän Gardner und schlossen am 1. Oktober 1924 mit der Rif-Regierung einen Vertrag, der dem hinter ihnen stehenden englisch-amerikanischen Konsortium das Recht gab, gegen Abführung von 40 Prozent des Gesamtexportes sämtliche Öl-, Kohlen- und Kupfervorkommen der „freien Rif-Republik“ auszubeuten. Auch dieser Vertrag wurde durch die Kapitulation Abd-el-Krims, die L. E. Lawrence vergeblich zu verhindern suchte, wertlos.

1926 kämpften Deterding, der französische Ölkönig Gulbenkian und die Standard Oil um die Ölfelder in Venezuela. Gulbenkian blieb Sieger; er führte den Kampf unter der populären Devise der „Abwehr des amerikanischen Trustkapitals“, hob den Diktator Gomez in den Sattel und erwarb von ihm ein Konzessionsgebiet von nicht weniger als drei Millionen Hektar.

1932 kündigte Persien die D'Arcy-Verträge. Die Anglo-Persian Company und die in ihr investierten 40 Millionen Pfund hingen in der Luft. Der Präsident des Konzerns, Sir John Cadman, fuhr selbst nach Teheran, um zu verhandeln. Englische Anleihen wurden gekündigt. Englische Kriegsschiffe kreuzten vor Buschir und Bender-Abbas, Spione und Geheimagenten wimmelten in Kuristan und Kaschistan. Gulbenkian vereinigte die russischen und amerikanischen Interessen zu einem anti-englischen Persien-Block. Und zum Schluß siegte trotzdem lediglich Persien, das auf Grund seines neuen Ölgesetzes die ausländischen Konzerne bis zum Weißbluten zu schröpfen verstand.

Zum Schluß kam der Krieg im Gran Chaco. Hinter dem Präsidenten von Paraguay, Ayala, stand Gulbenkian, hinter dem Diktator von Bolivien, Salasmanca, die Standard Oil. Und als dann Salasmanca gestürzt wurde, stand hinter seinem Gegner und Nachfolger Tejada Sorzano ebenfalls nicht etwa nur der „Freiheitswille des von der Diktatur unterdrückten bolivianischen Volkes“, wie die offiziellen Berichte naïv erklärten, sondern wiederum Gulbenkian, der zum zweiten Mal durch eine Revolution seine Gegner aus dem Felde schlug. Der Krieg war natürlich zu Ende, und die Friedensverhandlungen hatten eigentlich nur noch formelle Bedeutung.

So sieht die Politik der Ölkonzerne aus. Sie kümmert sich wenig um die Interessen von Staaten und Völkern. Sie hat ihre eigenen Interessen, ihre eigenen Gesetze, und sie kämpft auch mit durchaus eigenen Kampfmethoden, die von der „rückständigen“ Kriegsführung der Staaten grundverschieden sind.

Anfang 1933 blühte in Persien die Sabotage. Neuegelegte Ölleitungen wurden unecht gemacht, die Drahtseile der riesigen Bohrmeißel durchgefeilt, Quellen entzündet. Die große Sonde 18a brannte drei Tage und drei Nächte. 1929 zündete der amerikanische Agent F. G. die Sonde 160 bei Moreni in Rumänien an; erst nach 18 Monaten konnte der

Brand gelöscht werden. 1930 bewarben sich Standard Oil, Sinclair Oil und Deterding gleichzeitig um eine Erfindung des Physikers H. G. Burroughs in San Francisco; Deterding bekam den Vertrag, aber als Burroughs ihn und die Zeichnungen und Modelle übergeben wollte, wurde er auf der Landstraße von Los Angeles aus einem armerierten Cadillac mit einem Kleinkaliberbüchse in Grund und Boden geschossen. Am 8. März 1934 steckten unbekannt gebliebene Täter die Sonde L. E. 26 bei Teflat in Marokko in Brand. Der Brandstifter von Moreni „arbeitet“ heute in — Neuguinea!

Das sind nur einige Fälle unter vielen. Sie zeichnen ein deutliches Bild, und sie erlauben uns, die Konzeptionsgrößen in Abessinien mit anderen Augen zu sehen. Wenn Standard Oil, Shell und Royal Dutch in Abessinien Konzessionen erwerben wollten, obwohl der Krieg vor der Tür steht, dann wußten sie genau, was sie wollten. Für diesmal hat der Nachspruch der Amerikanischen Regierung ihre Pläne scheitern lassen. Aber der Machtkampf zwischen Ölkapital und Staatsgewalt hat mit diesem Fall bestimmt noch nicht sein Ende gefunden.

Ernest Kiesewetter.

Rickett hält weiter an seinem Konzessionsvertrag fest.

Das englische Blatt in Alexandrien, „Egyptian Gazette“, veröffentlicht eine Unterredung mit Rickett, der gegenwärtig in Kairo weilt. Rickett erklärte, daß sein Vertrag, den er für die African Exploitation and Development Corporation mit dem Kaiser von Abessinien abgeschlossen habe, ordnungsgemäß unterschrieben und besiegelt sei. Daher könne der Vertrag auch nicht vom höchsten Gerichtshof für ungültig erklärt werden. Im Falle eines Sieges werde Mussolini als Ehrenmann den Vertrag achten und als Herr Abessiniens in ihn eintreten müssen. Die Konzession brauche nicht sofort aus-

gebetet zu werden, es sei vielmehr eine Frist von fünf Jahren vorgegeben. Weder in englischen noch in italienischen amtlichen Kreisen sei von den Verhandlungen, die er seit März führte, etwas bekannt gewesen. Er könne mit aller Bestimmtheit versichern, daß die Konzession ausgenutzt werde. Er fahre jetzt nach London, um dort das Nötige zu veranlassen und werde dann nach Addis Abeba zurückkehren. Alle anderen Konzessionen seien für ihn belanglos.

Auf die Frage, wer sein Auftraggeber sei, erwiderte Rickett, er sei nicht ermächtigt, über ihn Auskunft zu geben. Noch heute sei es ihm unerklärlich, auf welche Weise die erste Information in die Hände Sir Phillips, des Sonderkorrespondenten des „Daily Telegraph“ in Addis Abeba, gekommen sei. Phillips hatte bekanntlich als Erster von den Konzessionsverhandlungen der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht.

Auf die Frage, wie nach seiner Ansicht ein italienisch-abessinischer Krieg enden werde, antwortete Rickett: Mussolini unternahm „ein schwieriges Geschäft“.

Senator Long †.

Aus New York wird gemeldet, daß der „Diktator Louisiana“, Senator Long am Dienstag früh im Krankenhaus in Baton Rouge gestorben ist. Der schwerverwundete Senator hatte in den Morgenstunden noch eine vierte Bluttransfusion erhalten. Die in Aussicht genommene fünfte Transfusion wurde nicht mehr durchgeführt, da der Senator bereits im Sterben lag. Die letzten Worte Huey Longs waren: „Meine Universitätsbursche! Was wird jetzt aus ihnen werden?“

Inzwischen wohnten Tausende, darunter viele prominente Führer der Opposition gegen den „Diktator Louisiana“, dem Leichenbegängnis des Attentäters Dr. Weiß bei, das in der katholischen Kirche von Baton Rouge stattfand.

Das Reichsschwert — Nürnbergs Gabe an den Führer.

Glocken läuten den Parteitag der nationalsozialistischen Bewegung von 1935 ein.

Nürnberg, 11. September.

Ein unübersehbares Gewoge erfüllte am Dienstag in den Nachmittagsstunden die ganze Innenstadt; Schritt für Schritt ringt sich die Menge stauend und bewundernd durch das Schmelzgefäß, das die kunstliebenden Bürger aus ihrer Innenstadt gemacht haben. Die anheimelnden Straßen, Plätze und Gassen liegen in strahlendem Sonnenschein, der Wald der Fahnen und Banner der golddurchwirkten Girlanden, der bunten Kränze an den altersgrauen Häusern gewährt ein pacendes Bild.

In den Straßenzügen, die von der Wohnung des Führers im Deutschen Hof zum Rathaus führen, stehen Einheimische und Besucher wieder hinter der doppelten Absperrkette der SS so dicht gestaffelt, daß ein Vorwärtsschreiten nicht mehr möglich ist. Sie alle sind erfüllt von der freudigen Erwartung, nun ihren Führer aus nächster Nähe sehen und ihm zuzuheln zu dürfen.

Um 1/2 6 Uhr schwingt der tiefe Bass der großen Geläutsglocke über die Zinnen und Dächer, mit melodischem Geläut fallen St. Lorenz und die Frauenkirche ein, und bald klingt es von allen Türmen der Stadt. Um 6 Uhr verkünden es dröhnend die Böller:

Der Parteitag 1935, der Parteitag der Freiheit, hat begonnen.

Der Hochrenaissancebau des Rathauses trägt in langen Reihen zu beiden Seiten des Hauptportals die Fahnen der Bewegung und in den Fenstern goldenen Vorbeie, der sich prachtvoll von dem grauen Sandstein abhebt. Der gegenüberliegende Sebalduschor ist schmucklos geblieben, er wirkt allein durch seine edlen Linien.

Der Empfang des Führers im Rathaus.

Nachmittags gegen 5 Uhr traf der Führer und Reichsführer unter dem Jubel der Massen in Nürnberg ein. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, der ebenso wie die meisten Reichsleiter, Gauleiter und höheren Führer der SA, SS, des NSKK und der übrigen Gliederungen schon am Vormittag in Nürnberg eingetroffen war, begrüßte den Führer in der Stadt des Reichsparteitages. Ferner hatten sich zum Empfang des Führers Gauleiter Streicher-Nürnberg und Gauleiter Wagner-München eingefunden.

Der Führer begab sich um 18 Uhr zum Rathaus, wo er von Oberbürgermeister Liebel bei einem Empfang der Spitzen von Partei und Staat im Namen der Stadt begrüßt wurde. Oberbürgermeister Liebel überbrachte dem Führer den Gruß der alten Stadt und übergab ihm als Zeichen der Dankbarkeit, Treue und Ergebenheit die getreue Nachbildung des Kleinodes der alten Reichsstadt,

des deutschen Reichsschwertes,

als Geschenk.

Die alte Reichsstadt Nürnberg knüpft mit dieser Ehrengabe sinnbildlich an die große Überlieferung jener Zeit an,

da sie Hüterin und Wahrerin der Heiligtümer des Deutschen Reiches war. Das Zeremonialschwert der Kaiserkrönung, bekannt als „Schwert Karls des Großen“, gehört zu den berühmtesten Reichsinfinen. Saragenische Künstler aus Sizilien haben dieses Schwert im 12. Jahrhundert angefertigt. Die von dem Nacher Domgoldschmied Witte geschaffene Nachschöpfung des Reichsschwertes ist so getreu dem Original nachgebildet, daß sie auch alle Patinierungen und Beschädigungen aufweist. Sie ist ein Meisterwerk deutscher Goldschmiedearbeit.

Einheit, Kraft, Stärke.

Oberbürgermeister Liebel führte nach dem Willkommensgruß an den Führer u. a. aus: Mit den sonstigen äußeren Zeichen der Größe, Pracht und Herrlichkeit eines verunkelten Reiches, den Reichskleinoden, die Jahrhunderte lang im Nürnberg aufbewahrt wurden, hatten wir im vergangenen Jahre zum Reichsparteitag auch das über tausend Jahre alte deutsche Reichsschwert zur Schau gestellt, das dereinst Symbol der deutschen Einheit, Macht und Stärke des ersten Deutschen Reiches war. Das erste Deutsche Reich verfiel. Des Zweiten Reiches Trümmer verankerten in Schmach und Schande. Sie aber, mein Führer, haben ein Drittes Deutsches Reich geschaffen, und es in Einheit, Kraft und Stärke nach innen und außen machtvoll und in wahrer Größe neu erheben lassen. Im Frühling dieses Jahres gaben Sie dem deutschen Volke durch die Wiedereinführung der mit ungeheurer Begeisterung begrüßten Allgemeinen Wehrpflicht schließlich auch die Freiheit.

Unserem heißen Dank wollen wir in dieser Feierstunde sichtbaren Ausdruck verleihen. Das Kleinod, das die alte Reichsstadt Nürnberg dereinst Jahrhunderte hindurch als ein Symbol der Einheit, Größe, Macht und Stärke der deutschen Nation in ihren Mauern hüten und bewahren durfte, würdig nachgebildet aus edelstem Material, lege ich in Nürnbergs Namen als ein Geschenk der Stadt in Ihre Hände.

Das deutsche Reichsschwert dem Führer aller Deutschen, der Deutschland wieder einig, stark und frei gemacht.

Der Dank des Führers.

Der Führer erwiderte u. a. mit folgenden Worten:

Herr Oberbürgermeister! Ich danke Ihnen und der Stadt Nürnberg für den so herzlichen Empfang am heutigen Tage. Zum fünften Male feiern wir hier das größte Fest unserer Bewegung. Wieder sind unzählige Menschen aus allen deutschen Gauen, erfüllt von der Kraft der nationalsozialistischen Idee, in diese uns alle so liebe und teure Stadt gekommen. Stärker noch als in den vergangenen Jahren wird sich die Eigenart Nürnbergs den Parteigenossen einprägen. Die Stadt der herrlichen deutschen alten Kultur erweitert sich zusehends zur Stadt der neuen deutschen Erhebung. Gewaltig sind die Bauwerke und Anlagen, die der Abhaltung dieser Feste dienen sollen. Mit dem heuer im wesentlichen vollzogenen Ausbau des Ziti-

poldhaines ist der erste dieser einzigartigen Schauplätze des Nationalsozialistischen Reichsparteitages vollendet.

Es ist für uns alle eine große Freude, daß wir diese Neuanlage in so erhebender Weise einweihen können durch die Volksarmee der deutschen Nation. Das symbolische Zeichen deutscher Reichskraft, das Sie mir hier als Geschenk übergeben, soll mich selbst immer aufs neue erinnern an diesen denkwürdigen Parteitag des dritten Jahres der nationalsozialistischen Revolution und des ersten Jahres der neuen deutschen Freiheit.

Gewaltig klingt dann das Heil auf die Stadt Nürnberg aus, das der Führer ausbrachte. Das Deutschlandlied und das Revolutionslied der nationalsozialistischen Bewegung, das Horst-Wessel-Lied, schließen die Feierstunde.

Dann schritt der Führer mit seinen engsten Mitkämpfern durch das Portal. Die Reichswehrabteilung präsentierte, die Musik rauschte auf. Reichswehr- und SS-Kapellen ließen die Trommeln rasseln. Der Führer fuhr, im Auto stehend, durch das abendliche Nürnberg. Mit der Aufführung der Meisterfingerring im Opernhaus ging der Vortrag zu Ende.

Der Arbeitsdienst bezieht seine Lager.

Nürnberg's Bahnhöfe stehen am Dienstag im Zeichen der Ankunft des Reichsarbeitsdienstes. Sonderzug um Sonderzug rollt an. Kurze, knappe Kommandos, die der Lautsprecher vermittelt, dann zieht das braune Heer der Arbeit mit klingendem Spiel in langen, schier endlosen Kolonnen von den Bahnhöfen hinaus in das Lager. Der Rhythmus der Einmarschierenden verklingt in dem Rauschen der Stimmen, die auf dem weiten Rund auf- und niedermögen.

Die Friedensmission

der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Dr. Dietrich über die neue deutsche Geistesgestaltung.

Am Vorabend des Parteitages entwickelte der Reichspressechef der Partei, Dr. Dietrich, bei einem Empfang für die Welt- und die Deutsche Presse vor vielen Hundert Pressevertretern aus Deutschland und dem Ausland die Bedeutung der nationalsozialistischen Idee in ihrer inneren Dynamik und ihrer geistigen Spannweite. Dr. Dietrich führte in seiner Rede etwa folgendes aus:

Die Reichsparteitage der NSDAP sind Manifestationen der nationalsozialistischen Idee. Aus seelischem Erleben wurde der Reichsparteitaggedanke geboren. Die Partei ist der durch seine politische Leistung geadelte Orden der Deutschen Nation! Sie ist die verschworene Gemeinschaft der dem Volke Geweihten. Ihre Weltanschauung ist die geistige Ausrüstung der Nation! Ihr im Kampf erprobtes eigenes Entwicklungsgesetz ist das Grundgesetz, die Verfassung des Nationalsozialistischen Staates. Die Partei ist bestimmt zur politischen Führung der Nation. Ihr Führer ist der Führer des Deutschen Reiches. Die Partei ist der Garant der Homogenität von Führung und Volk.

Der Nationalsozialismus als neue Geistesmacht.

Die Reichsparteitage der NSDAP sind Manifestationen nationalsozialistischen Geistes, dessen Bedeutung dadurch nicht vermindert wird, daß die Welt ihn heute noch nicht begreifen und anerkennen will. Denn eines ist sicher:

Mit der nationalsozialistischen Idee ist eines der größten schöpferischen Prinzipien des Geistes in die Weltgeschichte eingetreten. Und diese Idee wird in der Geschichte der Menschheit als eine neue Geistesmacht eine legendäre Rolle spielen.

Dem Klängegedanken stellt der Nationalsozialismus den Gemeinschaftsgedanken gegenüber, der keine Klassen mehr kennt, sondern nur eine Volksgemeinschaft. Dieser Gemeinschaftsgedanke des Nationalsozialismus ist keine theoretische Phrase, kein leerer Begriff, kein billiges Wort, sondern im Nationalsozialistischen Staat zum ersten Male mit all seinen Konsequenzen praktisch verwirklicht worden. Der Nationalsozialismus hat nicht die Beseitigung der Ungleichheit der Menschen auf seine Fahnen geschrieben, sondern er hat die Ungleichheit der Bedingungen beseitigt, unter denen sie arbeiteten.

Ein neues Echo der Freiheit.

Alle Rechte und Pflichten leiten sich nur aus der Gemeinschaft her, ohne sie ist das Individuum überhaupt nicht denkbar. Da es aber nur durch die Gemeinschaft existiert, kann es auch keine persönliche Freiheit nur aus der Gemeinschaft ableiten. Der Gemeinschaftsgedanke des Nationalsozialismus unterdrückt nicht etwa die Persönlichkeit, sondern fördert sie, um sie zum Führertum zu befähigen. Führerauslese und Erziehung zur Persönlichkeit sind Begriffe, ohne die der Nationalsozialismus gar nicht denkbar wäre. Es ist geradezu das bestimmende Wesensmerkmal der nationalsozialistischen Idee, die gestaltenden Kräfte und schöpferischen Werte der Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft zur Entfaltung und für die Gemeinschaft zur Geltung zu bringen.

Der volkspolitische Staatsgedanke — Grundlage der Außenpolitik.

Wenn wir von einer neuen Sinngebung der Politik durch den nationalsozialistischen Staatsgedanken sprechen, dann gibt uns die politische Leistung des Führers ein Recht dazu. Die Kunst, politische Erfolge zu erzielen, hat er uns in eindringlicher Weise vor Augen geführt. Die Gemeinschaftsgestaltung, die Volkwerdung der deutschen Nation, ist sein Werk.

Dieser volkspolitische Staatsgedanke, den der Nationalsozialismus hervorgebracht und in Deutschland verwirklicht hat, ist aber auch ein schöpferisches Prinzip von großer außenpolitischer Zukunftsbedeutung. Diese dynamische Staatsauffassung, die mehr auf den inneren rationellen Ausbau und auf die Sicherung der völkischen Lebensgrundlage gerichtet ist, als auf eine krazzerplittende Expansion nach außen, ist befähigt, den imperialistischen Gedanken von innen heraus zu überwinden und die Ordnung der Nationen untereinander durch eine natürliche Abgrenzung ihrer Lebensbedürfnisse und Interessen zu gewährleisten. Das ist die Grundlinie der neuen außenpolitischen Konzeption.

Der Politik der sogenannten Kollektivität der Siegerstaaten im Schatten von Versailles stellt der Nationalsozialismus entgegen die Politik der Zusammenarbeit freier und souveräner Staaten im Lichte der Gleichberechtigung. Wenn wir den Reichsparteitag 1935 den „Parteitag der Freiheit“ nennen, dann tun wir es im Sinne dieser fruchtbaren Prinzipien einer wahren Friedenspolitik durch

praktische Zusammenarbeit der Völker,

wie sie der volkspolitische Staatsgedanke des Nationalsozialismus hervorgebracht hat. Die nationalsozialistische Idee als neues fruchtbares Prinzip internationalen Gemeinschaftslebens ist nicht in der Verteidigung, sondern im Vorkampf!

Zwei Welten, an denen sich die Geister scheiden: In Moskau tagte der Generalkriegsminister der bolschewistischen Weltrevolution als die Inkarnation niederreichender Zerstörung! Hier in Nürnberg tagt der politische Generalkriegsminister des deutschen Volkes als Träger eines aufbauenden, dem Weltfrieden dienenden Prinzips.

Der Auslandspresseschef der NSDAP, Dr. Hans-Jaeger, richtete hierauf einige Begrüßungsworte an die ausländische Presse, in der er auf die Zusammenhänge der vielgestaltigen deutschen Geschichte und der Weltergreifung durch den Nationalsozialismus verwies. Bei dem Parteitag 1935 hätten die Vertreter des Auslandes Gelegenheit, bis auf den Grund der deutschen Seele zu sehen, die Verbundenheit zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des deutschen Glaubens und der deutschen Seele zu erleben und daraus zu erkennen: et tua res agitur, zu deutsch: Unser Kampf ist auch dein Kampf.

Die Ankunft der Diplomaten.

Die zur Teilnahme am Reichsparteitag 1935 eingeladenen ausländischen Diplomaten, die Botschafter von Polen, Spanien und Italien, sieben Gesandte und neun Geschäftsträger, trafen mit dem von SS-Oberführer Generalmajor a. D. von Maffow geführten Sonderzug am Dienstag nachmittag pünktlich 15.45 Uhr auf dem Nürnberger Nordbahnhof ein. Ein Ehrenkürwagen der SA hatte an der Fahngalerie neben dem Gleis A, auf dem der Sonderzug einfuhr, Aufstellung genommen. Außerdem war der Musikzug der SA-M 14 angetreten. SA-Männer stellten sich an den Masten der mit Tannengrün geschmückten Fahnen-

Währungs-Konferenz in Warschau?

Wie der „Kurjer Warszawski“ aus Genf meldet, soll der polnische Finanzminister Jawadzki die Initiative ergreifen zur Einberufung einer Konferenz des Blocks der Goldwährungsländer nach Warschau, die eine allgemeine Stabilisierung der Währungen durchführen soll. Mit diesem Projekt will der polnische Finanzminister aber erst hervortreten, wenn er sicher ist, daß der Plan verwirklicht wird.

Die Berufe im neuen Sejm.

Die polnische Presse bringt eine interessante Aufstellung über die im neuen polnischen Sejm vertretenen Berufsgruppen. Danach werden der neuen gesetzgebenden Körperschaft angehören: 71 Landwirte, 26 Staats-, Kommunal- und Privatbeamte, 13 Rechtsanwälte und Vertreter anderer juristischer Berufe, 8 Mittelschullehrer und Professoren höherer Lehranstalten, 8 Journalisten, 7 Industrielle, 7 Ingenieure, 7 Bürgermeister, 6 Stadtpräsidenten, 6 Kaufleute, 6 Ärzte, 5 Schuldirektoren, 3 Notare, 3 Geistliche, 3 Arbeiter, 2 Militärpersonen, 2 Sozialbeamte, 2 Handwerker, 1 Apotheker, 1 Rabbiner, 1 Literat, 1 Bäuerin, 1 Volkswirt, 1 Präsident der Handwerkskammer, 1 Direktor der Industrie- und Handelskammer und 10 Abgeordnete aus anderen Berufen.

Von den Mitgliedern der Regierung werden in den neuen Sejm einzeln Ministerpräsident Sklawek, die Minister Rosciakowski, Paciorewski und Florjan Rajchman, sowie zwei Vizeminister (Roc und Skladkowski).

Das Schicksal der deutschstämmigen Eisenbahner in Danzig.

„Von 4500 im Jahre 1921 sind nur 600 geblieben“

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Die Beweisnahme hat die Erstreckung der Polonisierung der Danziger Eisenbahnen mit allen Mitteln ergeben! Das war der Tenor der Feststellungen des Danziger Arbeitsgerichts, das sich mit der Klage zweier Danziger Eisenbahner gegen die polnische Eisenbahnverwaltung und ihrem Antrag auf Nichtigerklärung ihrer Kündigung zu beschäftigen hatte.

Der Rechtsvertreter der Kläger machte geltend, die ausgesprochenen Kündigungen müßten als nichtig erklärt werden, weil sie ohne sachlichen Grund erfolgt seien. Das Landesarbeitsgericht habe willkürliche Kündigungen als sittenwidrig erklärt. In den vorliegenden Fällen sei lediglich die deutsche Gesinnung der Kläger Anlaß für ihre Entlassung gewesen, weil sie polnischen Staatsangehörigen Platz machen sollten. Dieser Anlaß verstoße aber nicht nur gegen die Danziger Verfassung, sondern auch gegen Treu und Glauben. Der Anwalt verwies auf die rechtskräftigen Entscheidungen des hohen Kommissars des Völkerbundes, in denen ausgesprochen wurde, daß die Heranführung von polnischen Beamten, Angestellten und Arbeitern in solcher Anzahl, daß die Interessen der Danziger Eisenbahner leiden könnten, verhindert werden müsse, und daß freiwerdende Stellen bei der Eisenbahn vor allem mit Danzigern zu besetzen seien.

Der Vertreter der polnischen Eisenbahnverwaltung bestritt den Einfluß politischer Momente für die Kündigung. Wenn ältere Eisenbahner entlassen würden, so sei die Zuführung neuen Blutes für den Eisenbahnbetrieb unbedingt nötig.

Das Urteil des Arbeitsgerichts verpflichtete die polnische Eisenbahnverwaltung zur Zahlung des eingeklagten Lohnes und Rücknahme der Kündigungen. Während bei Entlassungen der Eisenbahnverwaltung vor allem deutschstämmige Eisenbahner betroffen wurden, wurden bei Neueinstellungen vorwiegend polnische Staatsangehörige berücksichtigt. Auf diese Weise seien von ursprünglich 4500 deutschstämmigen Eisenbahnern im Danziger Bezirk nur noch 600 übriggeblieben. 1934 seien 3 B. 168 Deutschdanziger entlassen und dafür 197 Polen eingestellt worden. Für diese Entlassungen bestünden politische Motive. Sie verstießen gegen Verfassung und Völkerbund-Entscheidungen.

Entgegen der Polen auferlegten Pflicht, alles zu unterlassen, was zu einer Polonisierung der Danziger Bahnen führen könne, habe die Beweisnahme ergeben, daß diese Polonisierung mit allen Mitteln erzwungen werde.

galerie auf. Als die Lokomotive den Sonderzug auf das Abstellgleis brachte, gingen auf das Kommando „Heißt Fahnen“ die Flaggen der durch ihre Berliner Missionen vertretenen Staaten an den Masten hoch, die Kapelle intonierte den Präsentiermarsch.

40 Sonderzüge mit 37 000 Reichsparteitags-Teilnehmern eingetroffen.

Nachdem schon vom Freitag bis Sonntag einige Sonderzüge mit den ersten Abordnungen zum Reichsparteitag in Nürnberg eingetroffen waren, hat am Montag der Sonderzugverkehr in starkem Maße eingesetzt. Insgesamt sind bis Dienstag früh 6 Uhr 40 Sonderzüge mit rund 37 000 Teilnehmern zum Parteitag in Nürnberg eingetroffen. Dazu kommen noch 9 Militärsonderzüge. Mit Planzügen kamen in der Zeit vom 4. bis 6. September rund 40 000 Reisende zum Reichsparteitag nach Nürnberg. Zur Abstellung der Sonderzüge wurden bis jetzt 30 Leer-sonderzüge gefahren. Außerdem war ein starker Güterverkehr zu bewältigen. Es verkehrten 8 Güterzüge über die planmäßige Zahl hinaus. Der gesamte Zugverkehr hat sich ohne Verspätung und störungsfrei abgewickelt.

Erste Fahrt des Kreuzers „Nürnberg.“

Am Tage der Eröffnung des Reichsparteitages der Freiheit in Nürnberg, lief der neue Kreuzer „Nürnberg“ der Kriegsmarine zu seiner ersten Werftprobefahrt aus dem Reichskriegshafen Kiel aus.

Die „Nürnberg“ ist der sechste Kreuzerneubau der Kriegsmarine, dessen Stapellauf am 8. Dezember 1934, dem 20. Jahrestag der Seeschlacht bei den Falkland-Inseln, in Anwesenheit der Überlebenden des nach heldenmütigem Kampf gegen erdrückende Übermacht mit wehender Flagge gesunkenen ersten Kreuzers „Nürnberg“ auf den Deutschen Werken stattfand.

Ernennungen bei der Reichswehr.

Das Reichskriegsministerium gibt folgende Ernennungen zum 1. Oktober 1935 bekannt:

Generalmajor von Reichenau, Chef des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium, zum Kommandierenden General des VII. Armee-Korps und Befehlshaber im Wehrkreis VII.

Generalmajor Reitel, Infanterieführer VI, zum Chef des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium.

Generalmajor Kösting zum Militärattaché bei der Botschaft in Moskau und der Gesandtschaft in Kowno.

Oberst Friederici zum Militärattaché bei den Gesandtschaften in Budapest und Sofia.

Oberst von Faber du Faur zum Militärattaché bei der Gesandtschaft in Belgrad.

Oberst von Stundnik zum Militärattaché bei der Botschaft in Warschau.

Oberstl. Kössing zum Militärattaché bei den Gesandtschaften in Helsingfors, Riga, Reval, Stockholm, Oslo und Kopenhagen.

Der bisherige Kommandierende General des VII. Armee-Korps und Befehlshaber im Wehrkreis VII, General der Infanterie Adam, wird zum Kommandeur der neu geschaffenen Wehrmachtsakademie ernannt.

Nur noch 1,7 Millionen Arbeitslose im Reich.

Aus Berlin wird gemeldet:

Obwohl im August die Aufnahmebeschäftigung der Außenberufe für Arbeitskräfte geringer zu werden pflegt und schon mit Entlassungen aus einigen Zweigen gerechnet werden muß, ist — dank der starken Auftriebstendenzen der deutschen Wirtschaft — die Arbeitslosenzahl im diesjährigen August wieder erfreulich zurückgegangen. Rund 48 000 arbeitslose Volksgenossen konnten auch in diesem Monat wieder in Arbeit und Brot gebracht werden. Der Bestand an Arbeitslosen betrug nach den Zählungen der Arbeitsämter am 31. August 1 706 000, die Arbeitslosigkeit ist damit seit dem diesjährigen Höchststand um fast 1,3 Millionen zurückgegangen.

Rassentrennung in der Schule.

DNB meldet aus Berlin:

Reichsminister Rust hat in einem Erlass über die Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen, in dem als Vorbereitung für die Einrichtung von Judenschulen zu Ostern 1936 Erhebungen über die Rassenzugehörigkeit der Schülerschaft angeordnet sind, eine alte nationalsozialistische Forderung tatkräftig in Angriff genommen.

Auf dem Gebiete der Volksschule ist zur Erreichung dieses Zieles die Zusammenfassung derjenigen nichtarischen Schulkinder, die der jüdischen Religion angehören, in besonderen jüdischen Volksschulen schon bisher energisch gefördert worden. Insbesondere ist mit staatlicher Genehmigung seit 1934 eine größere Zahl privater jüdischer Volksschulen neu entstanden.

Der entscheidende Gesichtspunkt ist aber nicht die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion, sondern zur jüdischen Rasse. Der rassische, jüdische Schüler bildet in der Klassengemeinschaft der arischen Schüler und Lehrer einen Fremdkörper. Sein Dasein erweitert sich als ein außerordentliches Hindernis im deutsch-jüdischen nationalsozialistischen Unterricht und macht die notwendige, in der Rasse begründete Übereinstimmung zwischen Lehrer, Schüler und Lehrstoff unmöglich. Der neue Erlass des Reichs-erziehungsministers Rust zielt deshalb auf Durchführung der völligen Rassentrennung in den Volksschulen, ohne Rücksicht auf die Konfessionszugehörigkeit der rassischen jüdischen Schüler und auf Wiederherstellung der Judenschulen hin, und zwar vom Schuljahr 1936 ab. Er billigt beiden Teilen zu, was nach völkischer Auffassung eine selbstverständliche Forderung ist, die Rassengemeinschaft zwischen Lehrer und Schüler. Aus dem Erlass ist noch folgendes ersichtlich: Bei den Pflichtschulen ist mit Rücksicht auf die auch für Nichtarier nach wie vor bestehende Schulpflicht eine Verweisung auf private Volksschulen nicht angängig. Vielmehr wird die Errichtung öffentlicher Volksschulen für Juden erforderlich werden. In diesen Schulen werden alle diejenigen Schüler und Schülerinnen zusammenzufassen sein, bei denen entweder beide Elternteile oder ein Elternteil jüdisch sind.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Eindrücke einer Französin in Bromberg.

Fräulein Madeleine Auelert, licenciée des lettres, weilte vor kurzem in Bromberg. Es mag die Leser interessieren, welche Eindrücke diese Französin von Bromberg hatte, die sie einem unserer Redaktionsmitglieder zur Verfügung stellte.

Ich war nur einen Monat in Polen und kaum eine Woche in Bromberg. Bei so kurzem Aufenthalt in einem vorher unbekannten Lande kann man kaum behaupten, es zu kennen und die Besonderheiten jedes Landstriches wirklich zu bemerken. Dies Land ist so verschieden von meinem und doch, ich würde gern hier leben.

Was mir zunächst auffiel, als ich durch die Stadt ging, das war die Ordnung und jene ruhige Einheitlichkeit, die hier herrscht. Man sieht hier nicht, wie z. B. in Warschau einen Wolkenkratzer dicht neben einer Holzhütte. Die Stadt scheint nach einem methodischen Gesamtplan organisiert zu sein; was sie dabei vielleicht an Kühnheit und Überraschungseffekten verliert, gewinnt sie an Harmonie. Die gleiche Anordnung findet sich in den verschiedenen Villenvierteln, wo jedes der in Grün eingebetteten Häuser reizend ist, wo man sich aber leicht verliert im Schachbrett der Straßen, die alle einander ähneln. Man hört mit Staunen, daß Bromberg eine Industriestadt ist, aber die Fabriken sind hier zurückhaltend, wie die Stadt selbst. Seltener, daß man sie hört, daß man sie spürt, daß man da und dort einen hohen Schornstein hervorsticht. Wir besichtigten eine von ihnen, eine Möbelfabrik. Wir fanden nicht nur gute Arbeit und praktische Ideen, sondern eine wirkliche Kunst, die hier in den Dienst des trauten Heims gestellt ist.

Wir finden übrigens die Kunst oft wieder beim Durchwandern der Stadt. Man will sich lange aufhalten vor harmonischen Einzelheiten, die man zufällig auf dem Spaziergange entdeckt: der schöne Rundturm der Marienkirche, die alten Speicher mit den schwarzen Balken, deren Spiegelbild auf dem Wasser des Kanals tanzt, die schöne und stolze Silhouette der Vogenspannerin und die merkwürdige Eintürmung, von der jede einzelne Gruppe ein unabhängig schönes Kunstwerk bilden kann.

Der größte Reiz von Bromberg ist aber vielleicht die Landschaft, in der die Stadt lebt. Um die Stadt besser zu verstehen, muß man, glaube ich, auf die baumbestandenen Höhen steigen, die sie umgeben. Man muß die Kirchtürme sich gegen den Horizont abzeichnen sehen, durch die Rücken des Kiefernwaldes.

Für eine Französin vom Massiv Centrale ist ein Wald eine vielgestaltete Familie, in der Eichen und Buchen überwiegen, wo in verschiedener Höhe kleinere Bäume, Unterholz und Moos den Blick aufhalten und eine mystische Umwelt schaffen, grün, feucht und frisch. Bei Bromberg habe ich zum ersten Male in meinem Leben Bekanntheit gemacht mit einem Kiefernwald, mit einem Walde der Ebene. Ich habe da die Schönheit großer brauner Bäume mit goldroten Reflexen kennen gelernt, quer durch ferne gerade Stämme schwingt sich der Blick auf, beginnt man zu träumen. Ich schritt bald über einen federnden und trockenen Boden, wo die Wurzeln wie Adern hervortraten und den lauen Streifen von Sonne und Schatten lieblos freiließen, bald über tiefgründigen Sand, hell und fein wie feiner großer Wüsten. Zu Hause schreite ich über einen schwammartigen Moossteppich, der das Geräusch des Schrittes auffängt.

Über der endlosen Ebene, über die die untergehende Sonne prächtige Farben warf, sah ich zum ersten Male in langstammigen Weiden eine Windmühle beharrlich ihre Flügel drehen, als wir an großen Seen entlangführten, die aneinander gereiht, eine spiegelnde Prozession bildeten.

Ich muß sagen: Ich liebe dieses Land und diese Stadt, ich liebe die Menschen, die ich hier traf, mit ihren blauen oder braunen hellen Augen, die dir offen ins Gesicht sehen.

Ich verlasse Polen und zwei Bilder haften in meiner Seele: Das schön gezeichnete Krafau trägt auf stolzem Haupt die Krone einer Königin der Städte und Bromberg mit herb-milden Zügen, mit Augen wie seine Seen, trägt in seinen Haaren einen Kranz von hellrotem Heidekraut.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. - Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit angedeutet.

Bromberg, 11. September.

Trocken und heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trockenes, tagsüber wieder wärmeres Wetter, nach kühler Nacht verbreitete Frühnebelbildung an.

„Heimweh nach den ihren.“

Der Grund zur Massenflucht aus Crone.

Wie unseren Lesern noch in frischer Erinnerung ist, gelang es in der Nacht zum 13. August d. J. zwölf Insassen aus dem Gefängnis in Crone auszubrechen. Über diesen Massenausbruch hatten wir ausführlich berichtet. Die von der Polizei ausgenommene Verfolgung der Flüchtlinge führte nach und nach zur Festnahme von acht Flüchtlingen, die sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatten. Unter Bewachung von zehn Polizisten wurden die Ausbrecher in den Verhandlungsaal geführt. Nach ihren Aussagen, ja fast heiteren Mienen zu urteilen, scheinen sie alle von ihrem kurzen Ausflug in die goldene Freiheit befriedigt zu sein.

Auf der Anklagebank nahmen folgende Ausbrecher Platz: Der 31jährige Olgierd und sein 37jähriger Bruder Anton Michel aus Wilna; Anton R. ist der gefährlichste Verbrecher der Bande, der vom Standgericht wegen bewaffneten Raubüberfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war. Nach diesen beiden folgen der 25jährige Weikunje Andrej Paccio aus Baranowicz, der 32jährige Wladimir Siergiejew, gleichfalls Weikunje aus Nowogrodek, der 30jährige Piotr Jodko aus Wilna, der 21jährige Jan Kapieralski von hier, der 21jährige Erik Martin und der 26jährige Jozef Golec von hier. Nach der Verlesung der Anklageschrift wird auf Antrag des Staatsanwalts die Öffentlichkeit mit Ausnahme der Presse ausgeschlossen.

Wenn man sich vor Beginn der Verhandlung der stillen Erwartung hingegen hatte, daß man nun endlich durch die Aussagen der Gefangenen nähere Einzelheiten über die Art

und Weise der Anlegung des unterirdischen Ganges erfahren würde, so wurde man darin stark enttäuscht.

Alles Unschuldsbämmer.

Sämtliche Angeklagte wollen nämlich angeblich von der Anlegung des Ganges, überhaupt von der Existenz eines solchen erst im letzten Augenblick erfahren haben! Zwar bezeichnen einige von ihnen die sich nach der Freiheit erfreuenden Edward Zawadzki und Sylwester Sytkins als die geistigen Väter der ganzen Ausbruchaktion — das ist aber auch alles, was aus ihnen herauszubekommen ist! Daß sie selbst in irgendeiner Weise an der Herstellung des unterirdischen Ganges beteiligt gewesen waren, leugnen sie rundweg ab. An ihren vernünftigen Galtengesichtern merkt man aber deutlich, daß sie diese Angaben nach vorheriger Verabredung machen. Obwohl die Herstellung des unterirdischen Ganges mehrere Tage, wenn nicht gar Wochen gedauert haben muß, wollen sie nicht das geringste gemerkt haben. Erst kurz vor der Flucht hatte sich Zawadzki, wie sie angeben, mit den Worten an sie gewandt: „Jungens, die Öffnung ist fertig, wer will, kann die Freiheit erlangen!“ Als sie sahen, daß Zawadzki dann den Anfang machte und in die Öffnung kroch, folgten sie ihm.

Einige der Flüchtlinge wollen die Flucht angeblich wegen schlechter Beköstigung ergriffen haben, die anderen dagegen, um ihre Verwandten und Angehörigen zu befreien.

Als Zeugen werden vom Gericht nur zwei Gefängnis-aufsicherer vernommen, die ausführen, daß sie bis zuletzt von einer Vorbereitung der Insassen zur Flucht nichts bemerkt haben. Die Zelle, die 19 Meter lang war, konnte von der Beobachtungsöffnung in der Zellentür nicht ganz übersehen werden. Die Flüchtlinge hatten am äußeren Ende der Zelle den Fußboden aufgedrückt und waren bei der Anlegung des unterirdischen Ganges so vorsichtig zu Werke gegangen, daß auch bei der täglichen Besichtigung der Zelle nichts Auffallendes festzustellen war.

Nach Schluß der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht sämtliche Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis. Martin erhielt noch zusätzlich einen Monat Gefängnis dafür, daß er nach seiner Festnahme am 19. August einen neuen Fluchtversuch aus dem hiesigen Arrestlokal unternahm.

Ein neunter Ausbrecher gefaßt.

Der durch die Aussagen allgemein als der Organisator der Massenflucht aus dem Croner Gefängnis bezeichnete Edward Zawadzki ist, wie wir soeben erfahren, in Sieblec in Kongreßpolen verhaftet worden. Er war dort einem Polizeibeamten aufgefallen, der den Fremden aufforderte, sich zu legitimieren. Als dieser der Aufforderung nicht nachkommen wollte, nahm man ihn fest. Bei der eingeleiteten Untersuchung stellte es sich dann heraus, daß man es mit dem gesuchten Flüchtling Zawadzki zu tun hatte.

§ Die Wegebau-Ausstellung in Warschau, über deren Eröffnung wir in unserer gestrigen Ausgabe berichteten, erfreut sich großen Interesses sowohl in der Hauptstadt selbst als auch in anderen Teilen Polens. Das Verkehrsministerium gewährt Gruppen, die in einer Zahl von 15 Personen nach Warschau fahren, eine 50 prozentige Eisenbahnermäßigung für die Hin- und Rückfahrt. Außerdem wird die Liga zur Förderung des Touristenverkehrs besondere populäre Züge zu dieser Ausstellung nach Warschau organisieren. Die Ausstellung wird am 22. September geschlossen und ist jeden Tag von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet.

§ Zirkus Staniewski. Es ist die erste Abteilung des in Warschau beheimateten polnischen Zirkus — sofern bei einem Zirkus überhaupt von „Heimat“ gesprochen werden kann —, der jetzt in Bromberg für wenige Tage sein Zelt aufgeschlagen hat. Bromberg ist in diesem Jahre schon zum dritten Male von einem Zirkus besucht worden, demzufolge muß ein Wanderunternehmen dieser Art, das zuletzt kommt, sozusagen den „Trumpf“ ausspielen, um Anziehungskraft zu besitzen. Der jetzt in Bromberg weilende Zirkus kann dieses Wagnis wirklich unternehmen. Er bietet ein Programm, das in allen seinen Teilen höchste Verwunderung hervorruft und der vollsten Anerkennung sicher sein kann. Vielleicht trägt dieses Programm mehr die Merkmale einer Varieté-Bühne vom Range der bekannten großen Unternehmen. Aber vielleicht ist dieses Programm gerade aus diesem Grund einseitig. Nicht allein die hochmusikalischen Münchener Wunderkinder, die verblüffende Hundebreviur Sobikis oder die bestaunenswerte Bärenbreviur Guldans bilden eine Anziehung, sondern vor allem die phänomenalen dänischen Hockschlauer, die rätselhafte Märs Oskita mit ihren fabelhaften Darbietungen, das unmusikalische Trio Willards, die beiden Trapezkünstler Abdons, Mairs, der Mann mit dem fahrenden Motorrad auf dem Seil und nicht zuletzt die schottischen Jockeis und die 3 Raspinis mit ihrer halsbrecherischen Akrobatik. Man wird dieser Zirkus-Zusammenstellung niemals die höchste Bewunderung verweigern können. Der Zirkus kann eines Erfolges in Bromberg sicher sein.

§ Vermist. Frau Franciszka Wiedzycka meldete der Polizei, daß ihr Mann Josef, 33 Jahre alt, von Beruf Bureauangestellter, am 6. August d. M. die Wohnung verlassen hatte und bis jetzt noch nicht zurückgekehrt ist.

§ Ein Fahrrad wurde dem hier Bahnhofstraße wohnhaften Jan Lipiak, vor dem Hause Töpferstraße 1 entwendet. — Ein zweites Fahrrad entwendeten Diebe dem hier fr. Kurfürstenstraße (Bronislawa Pierackiego) 2 wohnhaften Kazimierz Klos.

§ Durch Diebstahl wurden aus der Wohnung des Direktors von Winterfeld, Schulstr. (Königsplatz) 9, eine goldene Damenuhr, ein vergoldetes Zigaretten-Etui, eine silberne Figur, drei chinesische Nischenbecher, eine chinesische Briefschachtel, ein Operring, silberne Bestecks u. a. m. gestohlen. Wie die Untersuchung ergeben hat, wurden die Gegenstände von einem Kaufburschen, der mehrfach in der Wohnung war, gestohlen. Der Bursche hat die Beute in Altwarengeschäften zu Geld gemacht. Ins Kreuzverhör genommen, gestand er die Diebstähle ein und wurde verhaftet.

§ Ein Einbruch wurde in das Restaurant „Zum Löwen“ fr. Wilhelmstraße (M. Jocha) 34 verübt. Hier stahlen den Tätern, die unerkannt entkommen konnten für etwa 300 Zloty Tabakwaren, Getränke, Schokolade usw. in die Hände. — In die Wohnung von Wladyslaw Kurek, Dorfstraße (Smolenka) 30 gelangten Diebe durch ein Fenster und stahlen Wäsche, Schuhe und ein Geldtäschchen mit 20 Zloty Inhalt sowie eine Fahrradkarte. — Der Frau Maria Cyganowa, Schleierstraße (Walborfska) 10 verschwand ein Handwagen, der später von der Polizei ausfindig gemacht werden konnte.

Ermäßigungs-Kupon
zum Zirkus Staniewski in Bydgoszcz. Gültig für heute
Mittwoch, den 11. September um 8.30 Uhr abends.
Vorzeiger dieses Kupons erhält beim Einkauf eines
Billetts ein zweites gleichwertiges Billett umsonst. 209

§ Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) brachte wenig Verkehr. Sowohl Angebot wie Nachfrage waren außerordentlich gering. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für: Molkereibutter ½ Kg. 1,60, Landbutter 1,40—1,50, Tilsiterkäse 1,20—1,30, Weiskäse Stück 0,20—0,25, Eier Mdl. 1,10—1,15, Weiskohl ½ Kg. 0,08, Rotkohl 0,10, Wirsingkohl 0,10, Blumenkohl 0,20—0,40, Tomaten 0,15, Zwiebeln 0,08—0,10, Kohlrabi Bund 0,10, Mohrrüben 0,10, Suppengemüse 0,05, Radishesen 0,10, Gurken ½ Kg. 0,05, Salat Kopf 0,10, rote Rüben ½ Kg. 0,10, Apfel 0,20 bis 0,30, Birnen 0,20—0,30, Pflaumen 0,20—0,25, Eierpflaumen 0,25, Himbeeren Liter 0,35, Preiselbeeren 0,60, Retscheln 0,35—0,45, Gänse Stück 4—5, Hühner 2—3, Hühnerchen 1—1,50, Tauben Paar 0,80, Speck ½ Kg. 1,00, Schweinefleisch 0,80—0,90, Kalbfleisch 1—1,20, Hammelfleisch 0,60—0,80, Rindfleisch 0,80—0,90, Kase 1—1,20, Hechte 0,80 bis 1, Schleie 0,80—1,20, Karauschen 0,60—0,80, Barsche 0,40, Fische 0,25.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.
Geflügelzüchterverein. Sitzung Freitag, 13. Sept., 20 Uhr, Bischerl. 6578

Lebenslängliches Gefängnis für einen Mörder.

ss Gnesen, 10. September. Am 16. Juni d. J. wurde in Oleszyn an dem Landwirt Tomasz Piskorz ein Mord verübt, worauf dessen 29 jährige Ehefrau Helena sowie die beiden Arbeiter Andrzej und Kazimierz Drzymala verhaftet wurden, die sich am Montag vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatten. Die Anklageschrift enthielt folgendes: Piskorz hatte sich nach dem Kriege in Oleszyn niedergelassen, wo er eine 50 Morgen große Landwirtschaft erwarb. Witwer geworden, verheiratete er sich zum zweiten Mal mit einem um 25 Jahre jüngeren Mädchen. Zwei Kinder schenkte ihm seine Frau, während aus erster Ehe eine 14 jährige Tochter lebt, durch die das Verbrechen aufgefällt wurde. Der Ermordete wurde von seiner Ehefrau hintergangen, die mit einem der beiden genannten Brüder ein Liebesverhältnis unterhielt. Um in den Besitz der Wirtschaft sowie des Geldes zu gelangen, das Piskorz aus Amerika mitgebracht und teilweise vertriehen hatte, wurde von den drei Angeklagten der Mordplan vorbereitet und ausgeführt. Am genannten Tage überfielen die beiden Männer auf dem Felde den Landwirt Piskorz; Andrzej D. würgte ihn und sein Bruder hieb ihm mehrmals mit einem Stock auf den Kopf, so daß der Schwerverletzte bald seinen Geist aufgab. Nachdem verbrannten die Täter ihre mit Blut bespritzte Kleidung im Ofen und begaben sich dann in die Kirche. Alle drei bekannten sich zur Schuld, worauf das Gericht den Mörder Andrzej Drzymala zu lebenslänglichem Gefängnis sowie seinen Bruder Kazimierz und die Frau des Ermordeten zu je 15 Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilte.

ex. Gryn (Kcynia), 10. September. Dem Landwirt Klingenhausen aus Gurlingen wurden, als er das Fuhrwerk einen Augenblick unbeaufsichtigt stehen ließ, 15 leere Getreidesäcke vom Wagen gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der heutige Wochenmarkt war sehr belebt. Butter war sehr viel vorhanden und kostete das Pfund 1,35 bis 1,50, Eier 1—1,10. Auf dem Schweinemarkt war der Handel ganz gut. Ferkel wurden mit 18—24 Zloty das Paar verkauft.

Zwei unbekannte Landstreicher, die, wie angenommen wird, an dem Einbruch bei dem Gärtnereibesitzer Adamski beteiligt waren, konnten gestern festgenommen werden. Bisher verweigern sie jede Aussage.

z Inowroclaw, 11. September. Über die Ortschaft Padniewko zog ein orkanartiger Sturm, der Bäume umbrach und entwurzelte, sowie von den Gebäuden die Dächer riß und sie forttrug. Von solchem fliegenden Dach wurde der 60 Jahre alte Landwirt Stan. Kaszuba getroffen, zugebeugt und derartig verletzt, daß er, nachdem der Geistliche bei ihm gewesen war, bald darauf seinen Geist aufgab.

In einer der letzten Nächte entstand auf dem Gehöft des Landwirts Gustav Drasger in Deutschrode Feuer, wodurch ein Wohnhaus eingestürzt wurde. Mitverbrannt ist die Wohnungseinrichtung des Händlers Langowitsch.

+ Kolmar (Chodzies), 10. September. Der Kreis und die Stadt Kolmar haben ein Arbeitsprogramm zur Beschäftigung der Arbeitslosen für die Herbstzeit ausgearbeitet. In Kolmar werden einige Straßen der Stadt neu gepflastert, desgleichen in einigen anderen Städten des Kreises. Ein weiterer Teil der Arbeitslosen wird bei Chausseearbeiten beschäftigt. Ein Teil der Kosten wird aus dem Arbeitsfonds gedeckt.

ss Posen, 10. September. Als die Einwohner Jan Madry und Ludwik Szustak aus der Stadt Kosten heimkehrten, wurden sie plötzlich unterwegs von einem Gewitter überfallen. Um sich vor dem Regen zu schützen, stellten sie sich unter eine Pappel. Eine sonderbare Ahnung veranlaßte Madry, daß er sich mit seinem Gefährten von dem Baume entfernte. Kaum waren sie einige Meter fort, da zerfiel Metterte ein Blitz jene Pappel.

Wasserstand der Weichsel vom 11. September 1935.

Krakau	— 1,46 (— 1,28),	Zawichost	+ 1,36 (+ 1,23),	Warschau	
+ 1,30 (+ 1,20),	Błoc	+ 1,02 (+ 1,04),	Thorn	+ 1,04 (+ 1,09),	
Gordon	+ 1,07 (+ 1,10),	Culm	+ 0,89 (+ 0,92),	Graudenz	+ 1,13
(+ 1,10),	Rurzebrat	+ 1,36 (+ 1,25),	Biele	— 0,50 (— 0,80),	
Drichau	— 0,47 (— 0,20),	Einlage	+ 2,30 (+ 2,50),	Schlewenhorst	2,58 (+ 2,72).

(In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Deyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragaodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bromberg, Donnerstag, den 12. September 1935.

Pommerellen.

11. September.

Graudenz (Grudziadz)

Verhaftungen am Vornahl- und Wahltag.

Wie die Polizeikommandantur bekanntgibt, sind am 7. und 8. d. M. in Stadt und Kreis Graudenz eine Anzahl Personen wegen Ausschreitungen in Zusammenhang mit der Wahl verhaftet worden, und zwar in der Stadt: Wegen Aufhetzung während einer Manifestation auf dem Markt am Sonnabend: Viktor Brzezinski, Bronislaw Wisniewski und Wladyslaw Lipowski, sowie Pawel Jastrzebski, dem außerdem Widerstand bei seiner Abführung zum Vorwurf gemacht wird. Wegen Verbreitung verbotener, zum Wahlboykott aufrufender Flugblätter in der Nähe der Wahllokale am Wahltag: Waler Wolek, Zolnowski, Arbeiter Franciszek Dreher, Arbeiter Jerzy Muzolf, Arbeiter Teodor Amolowski, Kontorist Leon Kuczkowski; wegen Aufforderung zum Boykott und Behinderung von Wählern bei Ausübung ihres Wahlrechts: Arbeiter St. Arantowicz, Arbeiter Zygmunt Arantowicz.

In der Kreis Graudenz: Wegen Kolportierung von Flugblättern, die zum Wahlboykott aufforderten, in der Nähe von Wahllokalen: der 12-jährige Sohn Czeslaw des Arbeiters Nic in Rehden, Melter Leon Ciecinski in Rehden, Arbeiter Antoni Wisniewski in Synarzyn, Landwirt Bernard Polinski in Tursnik, Landwirt Anastazy Kerner in Wess, Schneider Pawel Romanski in Wess; wegen Aufforderung zum Boykott und Behinderung von Personen bei der Ausübung ihres Wahlrechts: Landwirt Ignacy Jablonski in Sanowo, Landwirt Franciszek Garbacz in Tursnik, Alojzy Baiger in Tursnik. Bei den verbreiteten Antirwahlflugblättern handelt es sich um solche, die vom Hauptverband der Nationalen Partei (Stonniectwo Narodowe) herausgegeben worden sind.

Alle hier aufgeführten Personen, ausgenommen Brzezinski, Bronislaw Wisniewski und Lipowski, werden nach erledigter Voruntersuchung den Gerichtsbehörden überwiesen zwecks Verhängung der Untersuchungshaft. Für die von den festgenommenen begangenen Straftaten sieht das Gesetz eine Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis vor.

× Eine sonderbare Expresseraffäre beschäftigte das Graudener Bezirksgericht. Im November 1933 verließ die Mutter des Pfarrers Dembinski in Neumark (Nowemisto) ihr Haus und kam nicht mehr zurück. Erst nach 7 Monaten zog man eine weibliche Leiche, die als diejenige der Frau D. erkannt wurde, aus dem Drenzlusfluß. Einige Tage danach erhielt Pfarrer D. einen anonymen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, seine Mutter lebe noch, und er werde sie wiedersehen, wenn er innerhalb fünf Tagen im Toreingang des Städtischen Krankenhauses eine Summe von 5000 Zloty niederlege. Den Brief übergab der Geistliche der Staatsanwaltschaft. Kurz darauf bekam er ein neues Schreiben, in dem die „Herzlichen Freunde“ (Serdeczni przyjaciele) — so war der Brief unterzeichnet — das gleiche Ansuchen stellten, jedoch unter gewaltiger Herabsetzung des verlangten Betrages, nämlich auf nur 250 Zloty. Pfarrer D. wurde diesmal aufgefordert, zuzugestehen, eine Anzeige in dem Ortsblatt aufzugeben. Das geschah. Es kamen noch zwei weitere anonyme Briefe, die ebenfalls der Staatsanwaltschaft zugestellt wurden. Die Täter wollten sich nicht lange ihrer Verstecktheit erfreuen; ihre Entdeckung bewirkte eine Besonderheit der Briefe: sie trugen nämlich Postwertzeichen, die Spuren von Stempelradierung verrieten. Da der Polizei ein solcher Praktiker namens Mierzynski bekannt war, wurde dieser in Untersuchung genommen, und richtig stellte sich der Mann als Täter heraus. Mit ihm zusammen hatte Alexander Borkowski an dem Erpressungsversuch teil. Die hiesige Strafkammer verurteilte die beiden Bewohner des Dorfes Pacokowo, Kreis Lötzen, die erklärten, ihre Kenntnis vom Verschwinden bzw. Verweilen der Frau D. noch auf dieser Welt auf spiritistischem Wege (!) erhalten zu haben, zu je acht Monaten Gefängnis. Borkowski nahm das Urteil an, Mierzynski aber appellierte, was ihm freilich nichts half, denn die obere Instanz in Posen bestätigte das Graudener Erkenntnis.

× Die Angelegenheit der PePeSe, die erklärlicherweise in ganz besonders starkem Maße die Gemüter der Öffentlichkeit, insbesondere aber der betroffenen Angestellten- und Arbeiterkreise, sowie im weiteren der ebenfalls recht wesentlich interessierten Geschäftswelt bewegt, zog Stadtpräsident Wlodek in einer neuerdings einberufenen Konferenz mit den hiesigen Pressevertretern neben anderen Gegenständen in den Kreis der Mitteilungen und Erörterungen. Zugewesen waren auch Vizepräsident Mijal und Stadtbau-meister Stokowski. Nach der Darstellung von Präsident Wlodek befindet sich die Sache der dringend ersuchten Anbetriebsleitung der Gummwarenfabrik auf dem besten Wege. Im gegenwärtigen Augenblick sei, so äußerte das Stadtoberhaupt, mit 90 Prozent Sicherheit die Wiederaufnahme der Arbeit der PePeSe in aller nächster Zeit zu erwarten. — Hartgesottene pessimistische — und wer gehörte heute nicht zu ihnen? — werden auch trotz der vorstehend angegebenen stadtpräsidialen, also doch autoritären Mitteilung nicht ganz von Zweifeln befreit sein. Möchten sich diese nicht bewahren.

× Bestattet wurde Dienstag vormittag auf dem katholischen Friedhof der 35-jährige Fliegergeant Franciszek Sulski von hier. Er war als Segelflug-Instrukteur auf der Station Ustjanowa bei Lemberg (Lwów) tätig und ist dort auf einem Flug tödlich verunglückt. Die Beerdigung erfolgte unter zahlreicher Teilnahme von Militärs und Zivilisten.

× An die Hauseigentümer richtet die Polizeibehörde hiermit die Aufforderung, von den Wänden, Mauern und Zäunen die dort angeklebten Zettel, Flugblätter usw. im Laufe der nächsten Tage entfernen zu lassen. Vom Kommandanten der Polizei ist seinen Untergebenen der Auftrag erteilt worden, darüber zu wachen und zu prüfen, daß vorstehenden amtlichen Ersuchen Folge geleistet worden ist.

× Seinen Verletzungen erlegen ist einer der bei der Explosionskatastrophe auf dem Gut Wiederssee Verunglückten im Lessener Kreisspital, wohin die Bedauernswerten gebracht worden waren: der Schmied Tadeusz Kaminski. Er war bei dem Unglücksfall am härtesten betroffen worden.

Thorn (Torun)

v Der Wasserstand der Weichsel erfuhr gegen den Vortag eine Abnahme um 2 Zentimeter und betrug Dienstag früh bei Thorn 1,09 Meter über Null. — Im Weichselhafen liefen ein: Schlepper „Szopen“ mit einem Kahn mit Stüdgütern, „Wanda“ mit je einem mit Reis und Wolle beladenen Kahn, „Katowice“ mit drei Kähnen mit Stüdgütern aus Danzig, „Ewa“ und „Zubecki“ mit zwei leeren bzw. vier mit Stüdgütern beladenen Kähnen aus Warschau, „Kurjer“ mit zwei Kähnen mit Zucker aus Bromberg. Mit dem Bestimmungsort Warschau liefen aus: „Zubecki“ ohne Schleppzug, „Zamonski“ mit vier Kähnen mit Stüdgütern, „Katowice“ mit einem mit verschiedenen Gütern beladenen Kahn, sowie „Zygrynd“ mit einem mit Stüdgütern beladenen Kahn. Nach Bromberg dampfte Schlepper „Szopen“ ohne Schleppzug und Schlepper „Ewa“ mit zwei Kähnen mit Getreide ab.

v. Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 1. bis 7. September d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 22 eheliche Geburten (8 Knaben und 14 Mädchen), die unehelichen Geburten von zwei Mädchen, sowie die Totgeburten von 2 Knaben zur Anmeldung und Protokollierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 15 (7 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 8 Erwachsene im Alter von über 50 Jahren und 2 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 6 Eheschließungen vollzogen.

× Neben vier Kleindiebstählen, die bis auf einen schnell aufgeklärt werden konnten, verzeichnet der letzte Polizeirapport noch drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und die Festnahme von zwei Personen wegen Trunkenheit.

v. Internationaler Betrüger vor dem Thorner Bezirksgericht. Der der Kriminalpolizei fast ganz Europas bekannte internationale Betrüger Henoch Grebnik, der der Thorner Kriminalpolizei im Juni d. J. ins Garn ging, hatte sich dieser Tage vor dem hiesigen Bezirksgericht wegen unlegaler Ausreise ins Ausland sowie wegen Vorlage gefälschter Personalpapiere in der polnischen Gesandtschaft in Paris zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, gestand der jüdische Angeklagte in den verschiedensten Städten des In- und Auslandes, insbesondere in Paris, wo er sich an die polnische Auswanderer-Organisation wandte und den Auswanderern unter den verschiedensten Vorspiegelungen kleinere und größere Geldbeträge abschwindelte. Nachdem ihm das Pariser Pflaster unter den Füßen zu heiß geworden war, beschaffte er sich mit Hilfe seines Glaubensgenossen, eines gewissen Kohn's, eine „Arbeitskarte“ und einen „Personalausweis“, beides natürlich Fälschungen, auf Grund deren ihm in der polnischen Gesandtschaft in Paris ein Paß für die Rückkehr nach Polen ausgestellt wurde. Nach seiner Rückkehr hielt er sich in Warschau, Lodz und Krakau auf und setzte hier seine Betrügerie fort. Später lenkte er seine Schritte nach Thorn, wo er „geschnappt“ und verhaftet werden konnte. — Die Verhandlung nahm zwei Tage in Anspruch und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis mit Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, 1000 Zloty Geldstrafe und Tragung der Kosten. Das Gericht gab dem Antrag des Verteidigers auf Inhaftierung des Angeklagten nicht statt und ordnete seine sofortige Inhaftierung an.

* Die Spendenammlung für den Bau des Pommerellischen Landesmuseums „Marschall Pilsudski“ in Thorn erreichte am Ende vergangener Woche die Höhe von 111 444,66 Zloty.

Konik (Chojnice)

tz Noch glimpflich abgelaufen ist am Montag nachmittag ein Verkehrsunfall. Ein Lastauto der Firma Matysczak aus Kijewo mit leeren Benzinfässern fuhr in schnellem Tempo die Berenter Chaussee entlang. An der Bahnkreuzung bei Krojanten überfuhr der Chauffeur den herankommenden Zug Konik — Berent, da dort diese Stelle sehr unübersichtlich ist und erst etwa 15 Meter vor den Gleisen bemerkte er den Zug. Es gelang ihm, das Auto herumzureißen und der Zug brauste in etwa 20 Zentimetern Entfernung vorüber. Obwohl ein Telegraphenmast und ein Chausseestein umgerissen wurden, wurden keine Personen verletzt. Das Auto ist beschädigt.

tz Seltener Fund. Bei Malerarbeiten in der Konarszkyner Kirche wurden unter den Altarstufen eine Büchse und ein Beutel mit alten Geldstücken entdeckt. Es waren Silbertaler aus dem 18. Jahrhundert. Ein dabei liegendes Schreiben vom 14. 2. 1823 besagt, daß das Geld für die Ausgaben des Organisten bestimmt ist.

tz Ein guter Fang gelang der Gzerster Polizei. Sie hob eine Diebeshöhle aus und konnte dabei auch den Einbrecher Alfons Kowalski festnehmen. Bei einer Reihe bekannter Fehler wurden gleichzeitig Hausdurchsuchungen abgehalten, wobei große Mengen aus Diebstählen herführender Waren gefunden und beschlagnahmt wurden. Geschädigte können sich bei der Polizei in Gzerst melden.

Steinwürfe gegen eine evangelische Kirche.

Ein Zeichen für die Verwilderung der Jugend ist, daß in den letzten Tagen durch Steinwürfe mehrere Fenster der evangelischen Kirche vorsätzlich beschädigt worden sind. Besonders schwer sind die Fenster des Altarraumes beschädigt worden. Der Vorfall ist der Polizei gemeldet, hoffentlich gelingt die Feststellung der Täter, damit sie durch die wohlverdiente Strafe daran erinnert werden, daß Kirchenfenster nicht zu Zielscheiben für unreife Jugend bestimmt sind.

Bei Magenbeschwerden, Sodbrennen, vermindertem Hungergefühl, Darmverstopfung, Druck gegen die Leber, Beseitigung bewirkt ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser prompte Beilebung der darniederliegenden Verdauung. Arztl. best. empf. 6074

d Gdingen (Gdynia), 10. September. Beim Bau verunglückt ist im Hafen der Arbeiter Felix Kowalski, der von einem hohen Gerüst herunterfiel. Er erlitt hierbei einen doppelten Beinbruch und andere Verletzungen. In bedenklichem Zustande brachte man ihn sofort ins Krankenhaus.

Überfallen wurde in der Witominerstraße am Kirchhof der Beamte Franz Klein. Unbekannte Täter schlugen ihn zu Boden und raubten ihm 250 Zloty. Alle sofort unternommenen Nachforschungen blieben ergebnislos.

Br Gdingen (Gdynia), 10. September. Vor dem Kreisgericht in Gdingen hatte sich eine Diebesbande zu verantworten, welche im vergangenen Jahre in Gdingen und im ganzen Seekreise eine große Reihe Einbruchsdiebstähle begangen hatte. Der Anführer der Bande, Jan Karca, wurde zu fünf Jahren Zwangsarbeit und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.

Bei der Eisenbahnüberführung an der ulica Rotterdamka und ulica Polska fuhr eine Lokomotive auf ein die Schienen überquerendes Fuhrwerk aus Witomino. Der hintere Teil des Wagens wurde vollständig zertrümmert. Wie durch ein Wunder kam der Fuhrmann Alfons Bulawski, der auf dem Bod saß und den allein die Schuld an dem Unfall trifft, mit dem Schrecken davon.

h Lötzen (Lubawa), 10. September. Im Garten des Landwirts Jawadski in Lötzen-Lötzen blüht zum zweitenmal ein Pflaumenbaum.

Eine Diebesbande drang nachts in die Scheune der Witme Jarmuzewski in Skarlin ein, belud ein mitgebrachtes Fuhrwerk mit Getreidegarben und entkam unerkannt mit der Beute.

Br Neustadt (Wejherowo), 9. September. Als vom Gelbner Landwege eine Herde Vieh über die Chaussee Puzig-Reda getrieben wurde, kam ein Personenauto mit 60 Kilometer Geschwindigkeit angefahren. Infolge der dort vorhandenen Kurve konnte der Chauffeur die Fahrtrasse nicht frei übersehen, und gab vorchriftsmäßig Signal. Der Firtre bekümmerte sich jedoch nicht darum, und trieb die Herde nicht zur Seite. Die Folge davon war, daß das Auto in die Herde fuhr, wodurch eine Kuh so schwer verletzt wurde, daß sie getötet werden mußte.

f. Strasburg (Brodzica), 10. September. Einen Selbstmordversuch unternahm ein 32-jähriger Landwirtssohn in Niewiecz hiesigen Kreises. Im Stall hatte er versucht, sich mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Der Unglückliche, der die schreckliche Tat in einem Zustande völligen Nervenzusammenbruchs beging, wurde sofort in das Krankenhaus geschafft.

v Vandsburg (Wiechork), 10. September. Am Sonntag fand in der evangelischen Kirche ein Missionsgottesdienst statt, in welchem die Missionarin Fr. Müller über ihre Arbeit in der Blindenschule in Persien, berichtete und die Not und das Elend der Blinden in ergreifender Weise schilderte. Missionsgottesdienste wurden am gleichen Tage nachmittags in den Kirchen zu Pempersin und Sitno abgehalten.

x Zempelburg (Sepolno), 10. September. Am Donnerstag, dem 10. Oktober, um 10 Uhr vormittags, findet hier der Herbstankauf von Remontepferden im Alter von 3½—6 Jahren statt.

Dem Besitzer J. Rehbein in Rosmin wurden in einer der letzten Nächte aus seiner Räucherammer sämtliche Vorräte an Wurst, Speck und Schinken gestohlen. Die unbekannten Diebe entkamen mit ihrer Beute spurlos.

Graudenz.

Hierdurch erlaube ich mir der geehrten Kundschaft von Graudenz und Umgegend mitzuteilen, daß ich die **Eisenhandlung W. Lufobarski**, Grudziadz, Torunska 15 (Ecke Kwatowa) käuflich erworben und nach gründlicher Erneuerung unter meiner Firma:

M. DOMBROWSKI

neu eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch sachkundige Leitung, günstigen Einkauf und sorgfältige Bedienung mir das Vertrauen meiner Abnehmer zu sichern.

In der angenehmen Erwartung, Sie recht bald begrüßen zu dürfen, empfehle ich mich mit vorzüglicher

Hochachtung

M. Dombrowski

Eisenwaren — Wirtschaftsgeräte
Baumaterialien — Holz — Kohlen.

Thorn.

Todes-Anzeigen

auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung

Justus Wallis

Papierhandlung
Torun, Szeroka 34.

Sonderangebot!
Fabrikneue Stühle
Wiener
à 4,50 Zloty nur bei
Gebrüder Tews,
Torun, Mostowa 30.

Sämtliche

Malerarbeiten

auch außerhalb Toruns
führt erstklassig und
prompt aus
Franz Schiller,
Malermeister, Torun,
Wielkie Garbary 12

Der Wohlstand in Polen.

(DE) Der „Kurjer Warszawski“ berichtet: Gemäß der Einkommensteuerstatistik vom Jahre 1929 wird die Zahl der wohlhabenden Personen von Jahr zu Jahr geringer. Ein Einkommen von mehr als 2600 Zloty im Jahre hatten 1929 — 334 000 Personen, im Jahre 1930 verminderte sich diese Zahl um 25 000, d. h. auf 309 000, im Jahre 1931 sank sie auf 294 000. Für die folgenden Jahre ist keine Statistik veröffentlicht, es ist aber anzunehmen, daß die Zahl der wohlhabenden Personen weiterhin zurückgegangen ist. Sodann zählten Einkommensteuer von einem Jahres-einkommen unter 2600 Zloty im Jahre 1929 — 319 000 Personen, im Jahre 1930 — 299 000, im Jahre 1931 — 295 000 Personen. Unter den Steuerzahlern waren die meisten Leute, deren Einnahmen aus Häusern stammten (im Jahre 1930 — 310 000 Personen), aus dem Handel (259 000), aus der Landwirtschaft (187 000), aus dem Handwerk (96 000 Personen). Zu den „oberen Zehntausend“, d. h. zu den Personen, die jährlich mehr als 20 000 Zloty verdienen, zählen in Polen kaum einige Tausend. Ein Einkommen von 20 bis 40 000 Zloty jährlich hatten in den Jahren 1929 und 1930 je 13 000 Personen, im Jahre 1931 sank diese Zahl auf 11 000. Zu der wohlhabendsten Schicht mit einem Einkommen von über 40 000 Zloty rechnete man im Jahre 1929 — 7000 Personen, im Jahre 1930 — 6000, im Jahre 1931 — 5000 Personen.

Auch diese Zahl geht mit der fortschreitenden Krisis jährlich weiter zurück.

Bundesgenossen dritter Klasse.

Die Zeiten ändern sich. Solange die Kleine Entente den Franzosen hörig war, wurden auch die Minister Jugoslawiens in Paris mit Unstund behandelt. Aber das war einmal. König Alexander hatte bereits die entscheidende Schwendung zu einer selbständigen, nur den nationalen Interessen Jugoslawiens dienenden Außenpolitik eingeleitet, und auf der Konferenz der Kleinen Entente in Vled wurde soeben unter dem Einfluß des Ministerpräsidenten Stojadinowitsch zum ersten Male auf die Wünsche Frankreichs, soweit es sich um rein französische Wünsche handelte, überhaupt keine Rücksicht mehr genommen. Seitdem scheint in Paris der letzte Rest an politischem Zettgefühl verschwunden zu sein.

Als Stojadinowitsch unmittelbar nach der Bieder Konferenz in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident und Außenminister Jugoslawiens und Präsident der Kleinen Entente zu seinem ersten Besuch in Paris eintraf, wurde er, wie der Pariser Korrespondent der „Schlesischen Zeitung“ seinem Blatte meldet, vom Unterchef des Protokolls begrüßt und von dem gleichen Beamten zwei Tage später wieder zur Bahn gebracht. Herrn Laval sah Stojadinowitsch erst am Tage nach seiner Ankunft. In der abschließenden Erklärung sagte der französische Ministerpräsident nur etwas von einer engen Zusammenarbeit, die traditionsgemäß weiterhin verfolgt werden soll. Stojadinowitsch hatte dem „nichts hinzuzufügen“. Von der sonst üblichen triumphalen Begleitmusik hörte man diesmal auch nicht einen Ton. Zum Abschied dankte Stojadinowitsch dem Präsidenten der Republik in einem Telegramm für die „Sympathie und den so warmen Empfang“, der in seinem Frankreich befreundeten und verbündeten Lande „lebhaftesten Widerhall finden und nach Gebühr geschätzt werden wird“.

Einen unfreundlichen Empfang nach Gebühr zu schätzen, ist zumindest zweideutig. Für die Belgrader Öffentlichkeit bedeutet diese Sprache freilich kein Rätsel. Das Benehmen der Franzosen bildet das Tagesgespräch der politischen Kreise, die sich wieder an das schäbige Präfektenauto erinnert fühlen, das der Präsident der Republik vor neun Monaten für gut genug befand, um König Alexander von Jugoslawien im Marillier Hafen damit abholen zu lassen. Wenn ein französischer Ministerpräsident sich nochmals nach Belgrad verirren sollte, so hört man sagen, dann werde man nach dem Beispiel des polnischen Außenministers Beck verfahren, der Barthou bei dessen letztem Besuch in Warschau seinen Sekretär zum Bahnhof gesandt hatte. Jugoslawien werde den Franzosen schon begreiflich machen, daß es nicht als Bundesgenosse dritter Klasse behandelt sein wolle. Der französische Gesandte, Graf Dampierre, der es sich nicht nehmen ließ, um sechs Uhr morgens aufzutehen, um Stojadinowitsch bei seiner Rückkehr aus Paris zu begrüßen, wurde in der Tat schon ziemlich schlecht behandelt.

„Sie ertrinken im eigenen Blut.“

Ein Kommunist über den Kommunismus.

Gerade zum Zeitpunkt der amerikanisch-sowjetrussischen Spannung wird ein Brief des amerikanischen Kommunisten Smith verbreitet, der scharf mit dem Bolschewismus abrechnet und der in Kreisen der amerikanischen Jünger der Moskauer Lehre größte Aufmerksamkeit erzeugt hat. A. Smith, ein früherer Vertreter der amerikanischen Kommunisten auf den Moskauer Tagungen, der aus Überzeugung nach Moskau ging und sogar mit Frau und Kind nach Sowjetrußland übersiedelte, ist vor kurzem zurückgekehrt und veröffentlicht nunmehr in der Zeitung „New Journal“ seine Eindrücke über die Sowjetunion.

Smith erklärt, er sei seit 1919 Mitglied der amerikanischen kommunistischen Partei und 1929 zum ersten Mal in Moskau gewesen. 1932 sei er dann ganz nach dem Lande seiner Träume übergesiedelt. „Mein ganzes Leben lang war ich ein aktiver Revolutionär und 16 Jahre aktiver Kommunist. Als solcher muß ich mich an euch, amerikanische Arbeiter, wenden, um euch die wirkliche Wahrheit über Sowjetrußland zu sagen. Nach drei Jahren bin ich wieder nach den Staaten zurückgekehrt. Ich reiste nach Sowjetrußland in der Hoffnung, eine Verwirklichung meiner Sehnsucht zu finden, — ich fand eine Nation, die in ihren eigenen Tränen und in ihrem eigenen Blute ertrinkt.“

Ich reiste nach der Sowjetunion nicht als Tourist oder als ehrlicher Bürger, sondern ich fuhr als ein Pionier einer neuen Zeit, als überzeugter Kommunist. Ich habe gefunden, daß man das amerikanische Volk belügt und betrügt, wenn ihm von den Erregenschaften des Sowjetlandes erzählt wird. Das, was ich euch sage, möchtet euch jeden Tag 20 Millionen russischer Arbeiter sagen; aber ihnen sind die Lippen geschlossen. Man erzählt im Ausland nichts von der Tragödie eines großen Volkes. Aber eines Tages wird das jetzige Regime Rechenschaft ablegen müssen. Dann wird die ganze Wahrheit an den Tag kommen.“

Nicht litauische Wahlvorschläge.

Für die Wahlen zum Memelländischen Landtag am 29. September sind, wie jetzt bekannt wird, im ganzen acht Wahlvorschläge mit über 200 Kandidaten eingereicht worden. Davon entfallen allein auf die großlitauisch eingestellten Gruppen sieben Listen, während die Deutschen nur mit einer Einheitsliste mit 29 Kandidaten in die Wahl gehen.

Eine erstaunliche Ernennung im Memelgebiet.

Der berühmte politische Geschäftsmacher im Memelgebiet, Simonaitis, der eine Zeitlang kommissarischer Oberbürgermeister von Memel war, dann aber wegen seines Lebenswandels von den Litauern aus dieser Stelle entlassen wurde, ist zum Landrat des Kreises Heydekrug ernannt worden. Während seiner Amtsführung als Oberbürgermeister wurde ihm wiederholt der Vorwurf unsauberer Geschäftsführung gemacht. Um so erstaunlicher ist es, daß ihn die Litauer jetzt wieder zum Landrat des Kreises Heydekrug machen.

Deutsches Reich.

Englische Manöverbetrachtungen.

Im „Daily Mail“ beschäftigt sich der englische Generalmajor J. S. C. Fuller, ein ehemaliger Generalstabs-offizier des Tank-Corps, mit den deutschen Manövern und schreibt in grundsätzlichen Betrachtungen:

„Die verschiedenen Manöver, die zurzeit in Deutschland abgehalten werden, sind von ungewöhnlichem Interesse, nicht nur weil sie die ersten ihrer Art seit der Vermehrung der deutschen Streitkräfte sind, sondern auch deshalb, weil sie, wenn auch nur in den Umrissen, zeigen, nach welcher Richtung hin der Generalstab zu arbeiten gedenkt. Zwei Tatsachen müssen dabei in Berücksichtigung gezogen werden. Die erste ist, daß die Reichswehr durch den Friedensvertrag nicht nur auf 100 000 Mann beschränkt wurde, sondern daß es ihr auch verboten war, gewisse moderne Waffen zu besitzen. Und die zweite: Als die neue Armee, die Reichswehr, seinerzeit geschaffen wurde, bemühte man sich, die Erfahrungen des alten Kriegsheeres ihr dadurch zu erhalten, daß man seine Stabsoffiziere in sie eingliederte.“

Die erste der beiden erwähnten Tatsachen hat das jetzige deutsche Heer in eine äußerst vorteilhafte Stellung gebracht. Es braucht kein Material zu verschrotten, sondern kann auf den zusammengefaßten Erfahrungen anderer Nationen aufbauen. Tatsächlich befindet man sich also in einer geradezu beneidenswerten Lage. Dem deutschen Militär hängen keine alten Maschinen am Hals, wie z. B. uns unser 1923er Tankmodell. Man muß auch in Berücksichtigung ziehen, daß veraltete Waffen veraltete Kampfweisen bedingen und daß man die neuen Methoden des Krieges nur mit neuen Waffen anwenden kann, weil Kriegstaktik nicht in der Anwendung von festen Regeln besteht, sondern darin, die einer Waffe innewohnende Kraft zu entfalten und ein entsprechendes Zusammenwirken aller Waffen herbeizuführen. Diese Tatsache allein erklärt, warum in allen alten Heeren die in den Waffen gegebene Nachahmunglichkeit gewöhnlich dem taktischen Denken um Jahre voraus ist. Das neue deutsche Heer kann völlig unbelastet mit seiner Arbeit beginnen. Es ist frisch und unverbraucht in seinem taktischen Gedankenschatz und geistig nicht ermüdet durch überholte Theorien.

Alles wird von seinem Generalstab abhängen, und hier liegt die Wurzel der künftigen deutschen Militärmacht. Wenn der Generalstab erkennt, daß er die taktischen Theorien der Vergangenheit zum alten Eisen werfen muß, und wenn er den Mut und die Selbstentäußerung besitzt, noch einmal in die Schule zu gehen und von vorn anzufangen, dann sind die taktischen Möglichkeiten der deutschen Armee überwältigend.

Das gerade macht die derzeitigen Manöver so interessant. In ihnen prägt sich der Streit zwischen dem toten Material und der Idee aus. Das Material ist neu und wird immer neuer. Werden die Ideen der Führer des Heeres ihm folgen? Kein Mensch kann diese Frage beantworten. Aber die Handlungen werden es zeigen.“

Die Achtung.

Nach den Beschlüssen der amtlichen Strafrechtskommission sollen die Bestimmungen über die Achtung, die neben der Todesstrafe die schwerste Strafe im kommenden deutschen Strafrecht darstellt, folgenden Wortlaut haben: „Hat ein Verbrecher deutscher Staatsangehörigkeit sich durch seine Tat für immer aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen, so ist er in den gesetzlich zugelassenen Fällen zu achten. Die Achtung ist mit der Todesstrafe verbunden. Der Geächtete gilt als für ehrlös erklärt und verliert darüber hinaus für seine Person die

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementskautions beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Electro 1917“. Unserer Ansicht nach unterliegt Ihre Genossenschaft nicht der Gewerbesteuer, da Ihre Tätigkeit nicht auf Gewinn berechnet ist, und nur solche Unternehmungen der genannten Steuer unterliegen. Soweit wir nach Ihrer Darstellung der Sache urteilen können, besteht die ganze „Tätigkeit“ der Genossenschaft darin, den elektrischen Strom aus der Zentrale in Empfang zu nehmen und auf die Teilnehmer, wie Sie sagen „ohne Nutzen“ zu verteilen. Das ist keine auf Gewinn berechnete Tätigkeit, die eine Gewerbesteuer rechtfertigen würde. Die Genossenschaft ist i. d. W. wohl nur deshalb gegründet worden, weil das die einzige Möglichkeit war, den Interessenten den Strom zu vermitteln. Steuerpflichtig könnte höchstens der Produzent und Lieferant des Stroms sein. Was die Verträge gegen das Genossenschaftsgesetz betrifft, so sind sie nur formaler Natur und es kann sich nur um Ordnungsstrafen handeln, die nicht erheblich sein dürfen. Die ganze Angelegenheit muß unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, daß das Unternehmen in der Hauptsache nur darauf abzielt, den kulturellen Stand der Gegend zu heben. 2. Was die zweite Frage angeht, so handelt es sich um sogenannte Kindergelder, d. h. um die Verteilung gemeinsamen erworbenen Vermögens, und da richtet sich die Aufwertung danach, welche Wertveränderung des belasteten Grundstücks seit dem Erbfall resp. seit der Entstehung der Schuld eingetreten ist. Ein Wertrückgang des Grundstücks muß bei der Aufwertung prozentual zum Ausdruck kommen. Ist das Grundstück z. B. seit der Entstehung der Schuld nur noch die Hälfte dessen wert, was es im Jahre 1910 wert war, dann brauchen Sie für die 5 000 Mark nur die Hälfte zu zahlen, und ist der Wertverlust noch größer, dann ist der Aufwertungsbetrag noch niedriger. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie Sie sie schildern, dann wird sich der Inhaber der Sicherungshypothek wohl hüten, die Zwangsversteigerung des Grundstücks zu betreiben, denn dann würde er sicher mit seiner Forderung ausfallen. Im übrigen wäre ein so rasches Verfahren nur möglich, wenn Sie mit dem Gläubiger über die Schuld ein notarielles Abkommen getroffen hätten, das ihn ohne Klage zur Zwangsvollstreckung ermächtigt. Ein Mittel, Ihre Schuld abzuwälzen, können wir Ihnen leider nicht anbieten.

Wenn uns irgend etwas Unannehmliches begegnet, oder wenn wir in eine beschwerliche Lage gelangen, da sind wir alle geneigt, darin andere oder unser Schicksal zu beschuldigen, anstatt zu bedenken, daß, wenn Auseres, das von uns abhängig ist, uns zur Unannehmlichkeit oder Beschwerlichkeit wird, dies zu bedeuten hat, daß in uns selbst etwas nicht in Ordnung sei. Epiktet

deutsche Staatsangehörigkeit, sowie die Geschäftsfähigkeit einschließlich der Fähigkeit, eine Verfügung von Todeswegen zu errichten; eine nach der Tat errichtete Verfügung von Todeswegen wird unwirksam. Mit der Achtung kann die Einziehung des Vermögens des Verurteilten verbunden werden. Die Achtung wird mit der Rechtskraft des Urteils wirksam. Sie ist öffentlich bekannt zu machen.“

Im einzelnen wird in dem Bericht der Strafrechtskommission über die Folgen der Achtung ausgeführt, daß der Geächtete mit dem Verlust der Reichsangehörigkeit und der Erklärung politisch tot sei und am Volksleben und an der Volksführung nicht mehr teilnehmen könne. Auf privatrechtlichem Gebiet solle jedoch ein völliger Verlust der Rechtsfähigkeit nicht eintreten. Eine so weitgehende Rechtsminderung, also die Figur des bürgerlichen Todes, komme in keiner bekannteren Gesetzgebung mehr vor. Der Geächtete würde immer Objekt einer strafbaren Handlung sein können; eine Wiederbelebung des mittelalterlichen Instituts der „Friedloslegung“ komme nicht in Frage. Der Geächtete könne aber auch an der Teilnahme am Rechtsverkehr nicht verhindert werden. Er lebe vielmehr im Auslande, da auf Achtung auch im Abwesenheitsverfahren erkannt werden könne, und über dort einen Beruf aus. Die Folge der Einführung einer Rechtsunfähigkeit wäre dann lediglich eine Benachteiligung solcher Deutschen, mit denen der Geächtete vom Auslande her in rechtsgeschäftliche Beziehungen trete und die von seiner Achtung nichts wußten. Es müsse dabei bedacht werden, daß der Geächtete für geschäftsunfähig erklärt werde.

Neue Mitglieder der Akademie für Deutsches Recht.

Der Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Frank, hat im Auftrage des Führers den Frankfurter Julius Streicher zum Mitglied der Akademie ernannt. In der Ernennungsurkunde heißt es: „Im Auftrage des Führers berufe ich Streicher in Anerkennung seiner Verdienste und im Vertrauen auf seine gewissenhafte Mitarbeit an der deutschen Rechtserneuerung zum Mitglied.“ Zugleich wurden die Gauleiter Mutschmann, Schwede-Coburg, Kube, Röber, Jordan, Hellmuth und Wahl zu Mitgliedern der Akademie für Deutsches Recht ernannt.

Deutsche Filmersfolge in Venedig.

Die deutsche Filmproduktion hat auf der dritten Internationalen Kunstschau, an der 12 Nationen mit 84 Filmen teilnahmen, gute Erfolge erzielt. „Triumph des Willens“ von Leni Riefenstahl erzielte den Pokal des Nationalen Faschistischen Filminstituts als bester ausländischer Dokumentarfilm. Als ehmals wertvollster Film wurde „Der verlorene Sohn“ mit Luis Trenker mit dem Pokal des Ministeriums für Presse und Propaganda ausgezeichnet. Paula Wessely als beste Schauspielerin wurde mit dem Volpi-Pokal bedacht.

Französische Militärabordnung unterwegs nach Moskau.

Eine französische Militärabordnung unter der Führung des Generals Poiseau hat, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, am Sonntag Paris verlassen, um sich gemäß den seinerzeitigen militärischen Abmachungen nach Sowjetrußland zu begeben. Die Abordnung wird, wie die Tafel hinzufügt, „den Übungen von Teilen der Roten Armee“ beizubehalten. In Begleitung der französischen Militärabordnung befindet sich der sowjetrussische Militärattaché in Paris.

„Afrika“. 1. Wer auf Grund der Invaliditätsversicherung aus deutscher Zeit eine Rente zu beanspruchen hat, der kann sich bei der deutschen Versicherung melden. Ihr Bruder hat noch keinen Anspruch auf Rente, denn er ist weder durch Krankheit noch durch sein Alter invalide geworden und arbeitet weiter wie bisher; folglich kann er auch keine Rentenansprüche erheben. Es genügt vollkommen, daß er seine Quittungskarten und die Bescheinigungen über den Fortgang seiner Sozialversicherung sicher aufbewahrt, damit er im Falle seiner Invalidität seine Ansprüche auf Rente geltend machen kann. Der Rentenanspruch aus der Zeit seiner Versicherung zu deutscher Zeit geht ihm nicht verloren. Die Regelung erfolgt durch die politische Sozialversicherung, die den Anteil, der auf die deutsche Zeit entfällt, von der in Frage kommenden deutschen Versicherungsanstalt einziehen wird. 2. Die Annahme, daß die Arbeitsstätten solcher Art, wie die, in der Ihr Bruder arbeitet, in Kürze kastriert würden, sind Hirngebilde, wie Sie sich das bei näherer Überlegung selbst sagen müßten. Man kann nicht so wichtige Betriebe sozusagen von heute auf morgen umgestalten; zur Durchführung einer so einschneidenden Reform gehören nicht Jahre, sondern Jahrzehnte. 3. Die Nummer 13 112 — wenn es die Nummer des Ausfuhrrechts ist — ist am 3. Juni d. J. gezogen worden. Es werden für je 100 RM Nennwert des Ausfuhrrechts 500 RM und dazu 4 1/2 Prozent Zinsen für 9 1/2 Jahre, also wenn der Nennwert des Stücks 100 RM betrug, 219,37 RM an Zinsen, zusammen also 719,37 RM gezahlt. Der Betrag ist am 1. Oktober d. J. fällig. Sie müssen den Ausfuhrschein und die Schuldverschreibung der Anleiheausführungsschuld in derselben Höhe an die Reichsschuldenkasse in Berlin SW. 68, Drantienstraße 106/108, einreichen. Da indessen die Ausfuhr von Geld aus Deutschland zur Zeit sehr eingeschränkt ist, empfiehlt es sich, wenn Sie das Geld dringend benötigen, vorher an die Devisenverwaltung in Berlin die gut begründete Bitte zu richten, die Ausfuhr des Geldes zu genehmigen. Nur wenn Sie das Gefühl zu begründen in der Lage sind, ist Aussicht vorhanden, es bald zu erhalten.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Der Völkerbund am Ende?

Die Dinge stehen nicht gut in Genf für Italien, aber auch nicht für den Völkerbund. Das letztere muß man sagen, obwohl Eden und Laval offenbar dahin übereingekommen sind, unter allen Umständen am offiziellen Genfer Ritus festzuhalten, d. h. die unangenehmen und auch ihnen kaum noch lösbar erscheinenden Fragen des abessinischen Streifalles wenigstens in eine Beschlusform zu bringen, die äußerlich mit dem Paragraphenwerk des Völkerbundes übereinstimmt.

Selbst dieser kümmerliche Versuch kann aber nicht mehr gelingen, nachdem Italien in aller Form erklärt hat, es lehne ein für alle mal ab, Abessinien jemals wieder als gleichberechtigten Staat zu behandeln. Daß das geschieht, wäre ja doch die mindeste Voraussetzung für eine Lösung, sie mag praktisch aussehen wie sie will, die sich in den Rahmen einfügt, wie er für die Beziehungen von Völkerbundmitgliedern untereinander nun einmal gewahrt werden mußte. Daß Italien aber auch praktisch durch die zurzeit erörterten Vorschläge nicht befriedigt werden kann, ist ebenso klar. Baron Aloisi, der schon in der Völkerbundratsagung eine sehr entschiedene Sprache redete, hat hinterher den Vertretern der Weltpresse gegenüber rund heraus erklärt: „Wir wollen eine politische und wirtschaftliche Vorherrschaft.“ Das wird England nicht zugehen, auch wenn es sicherlich geneigt ist, dem italienischen Prestigebedürfnis entgegenzukommen.

Je mehr die beiden anderen Mächte aber geneigt sein sollten, sachlich sich den italienischen Wünschen anzunähern, desto weniger werden sie auf die Zustimmung Abessinien, die für ein Kompromiß ja schließlich auch notwendig wäre, rechnen können. Die Weisungen, die der Negus seinem Genfer Vertreter erteilt hat, lehnen überhaupt jedes Abweichen von dem bisherigen abessinischen Standpunkt — und das ist der der Aufrechterhaltung der absoluten Souveränität der Landes — ab. Es ist nicht einzusehen, wie bei dieser Sachlage eine Verständigung zustande kommen soll.

Über diese hoffnungslose Lage ist man am meisten in England verärgert. Die Schuld daran gibt die englische Presse Italien, das mit den Erklärungen Aloisis jede Hoffnung auf eine mögliche Zusammenarbeit der Mächte zertrümmert habe. Die unverfüllte Hervorkehrung des Machtstandpunktes — man spricht in London mit Bezug auf Italien recht unhöflich von einem — „Gangstertum“ — hat verschlimmert. Obendrein glaubt man in England, eine wachsende Abneigung gegen die italienischen Methoden in ganz Europa feststellen zu können, und die Stimmen, die einen Sanktionsbeschuß des Völkerbundes für erreichbar und seine Anwendung für durchführbar halten, mehren sich wieder.

Die einzigen, die noch einen gewissen Optimismus zur Schau tragen, sind die Franzosen. Aber auch für sie schrumpft die Möglichkeit einer friedlichen Lösung auf die Beantwortung der Fragen zusammen: Wird Mussolini, wie erwartet, für den 15. September den Vormarschbefehl geben, oder muß dieser Schritt, der dann ja nicht mehr zurückgetan werden kann, wegen der noch anhaltenden Regenzeit bis Ende September verschoben werden? Ende September aber würde bedeuten, daß noch vier Wochen Zeit gewonnen werden, und Zeit haben, ist, nach der Meinung von Paris, in der heutigen verwirrten Situation alles. Es ist freilich nicht zu erkennen, welchen Vorschlag mit Aussicht auf Erfolg Herr Laval in diesen vier Wochen noch machen könnte. Seine bisherigen Ideen laufen praktisch darauf hinaus, Italien eben eine militärische Unternehmung mit einer irgendwie begründeten Zustimmung des Völkerbundes zu ermöglichen. Gerade das aber will England nicht. Es ist sich klar darüber, daß dieser Ausweg dem Völkerbund die Balken unter den Füßen wegzieht. Geschickt das aber, dann bleibt für London die Flotte im Mittelmeer die letzte Zusage.

Die Kleinstaaten zweifeln am Völkerbund.

In der estnischen Presse mehren sich die Artikel, die den Völkerbund scharf kritisieren. Die Blätter sprechen dabei nicht nur für Estland, sondern vertreten die Meinung, daß die kleinen Staaten überhaupt mit zunehmender Enttäuschung und zunehmenden Zweifeln auf den Völkerbund sehen. Gerüchte über die angebliche Absicht der skandinavischen Staaten, sich ganz aus dem Völkerbund zurückzuziehen, haben in den letzten Tagen die pessimistische Einstellung der estnischen Blätter gegenüber dem Völkerbund noch verstärkt.

Das Blatt „Uus Sona“ schreibt, daß das abessinische Problem den Völkerbund geradezu vor die Frage „Sein oder Nichtsein“ gestellt habe. Man müsse jetzt schon befürchten, daß auch England, wenn ihm die Völkerbundentscheidung eine Enttäuschung bereiten sollte, dem Gedanken eines Rückzuges aus dem Völkerbund näher-

War Jules Verne Pole?

Wohl keiner, der mit Vergnügen die phantastischen technischen — einige Kritiker sagen „pseudo-wissenschaftlichen“ — Romane des „Franzosen“ Jules Verne las, hat sich über die wahre Völkermannschaft dieses so fruchtbaren und erfindungsreichen Schriftstellers Gedanken gemacht. Im Lexikon steht er als französischer Schriftsteller, also denkt man, er sei Franzose gewesen. Er war es aber so wenig wie sein Kollege Joseph Conrad, der auch nur englischer Schriftsteller, aber nicht Engländer war. Beide, Verne sowohl wie Conrad, sollen nämlich Landsleute sein: Polen! Jules Verne stammte aus Plock und nahm, da er in Frankreich französisch schrieb, auch einen französischen Namen dafür. Zwar gibt es keinen amtlichen Beleg, daß der große Fabulierer dort an der Weichsel geboren wurde, aber in Nantes kam er auch nicht zur Welt. Alle Freunde Jules Vernes versichern, daß er geläufig Polnisch sprach, und um die Zeit seines Todes um 1905 gab es nicht viele Franzosen, die das konnten. Nun soll aber eine Nummer des „Journal Officiel“ von 1870 einen Erlaß Napoleons III. enthalten, durch den einem Bürger namens Juliusz Dilewicz, naturalisiertem Franzosen, die Erlaubnis zur Änderung seines Namens in Verne und gleichzeitig wegen literarischer Verdienste das Adelsprädikat erteilt wird. Da alle diesbezüglichen standesamtlichen Papiere beim Brande des Rathauses von Nantes verloren gingen, ist eine Nachprüfung unmöglich.

Nach Dr. Stepanowski, einem Polen, der sich um die Klärung dieser Frage bemüht, hat Verne einfach seinen polnischen Namen Dilewicz, der etwa „Erle“ oder „Erler“ bedeuten soll, ins Französische übersetzt und daraus einen Verne gemacht. „Verne“ oder „Vergne“ ist nämlich

Eröffnung der Völkerbundversammlung.

In Genf ist am Montag unter stärkerem allgemeinem Interesse als in den letzten Jahren die Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet worden. Besonderes Interesse erregte das Erscheinen des neuen britischen Außenministers Sir Samuel Hoare, der bereits am Sonntag nachmittag im Flugzeug eingetroffen war. Nach dem vorläufigen Delegierten-Verzeichnis nehmen die Außenminister von 23 Staaten an der Tagung teil.

Diese 16. Tagung der Völkerbundversammlung begann wie üblich mit einer Eröffnungsansprache des amtierenden Ratspräsidenten, des argentinischen Präsidenten Riza Buinazu, der zunächst von dem Glauben seines Landes an den Völkerbund sprach und mit einem Ausblick auf die Friedensaufgabe des Völkerbundes schloß. Die Geheimdiplomatie mußte dem Grundsatz öffentlicher internationaler Beziehungen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Ehre Platz machen. Schon jetzt könne man sagen, daß der Völkerbund die oberste politische Instanz der Welt und gleichzeitig das einzige Organ zur Sicherung der Beziehungen unter den Völkern sei. Gerade in diesem Augenblick, wo sich der Horizont wieder verdüstere und wo die ganze Welt mit Besorgnis ihre Augen auf Genf richte, müßten alle Delegierten den festen Willen haben, den Völkerbund zur vollen Wirksamkeit zu bringen.

Das Präsidium.

Zunächst wählte die Versammlung ihr Präsidium. Mit 49 von 54 abgegebenen Stimmen wurde der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch zum Präsidenten gewählt. Bei der Wahl der fünf Vizepräsidenten erhielten England, Frankreich und Italien über 40 Stimmen, dann folgten in einem gewissen Abstand Belgien und Polen. Auf die Sowjetunion entfielen nur 29 Stimmen, eine Erinnerung an die vor einem Jahre unter den Bundesmitgliedern hervorgetretenen erheblichen Widerstände gegen die Aufnahme der Sowjetunion.

Da im Augenblick noch keine Wortmeldungen für die allgemeine Aussprache vorlagen, wurde der Beginn dieser Aussprache erst auf Mittwoch festgesetzt. Der Präsident mußte, wie in den letzten Jahren, an die Bundesmitglieder die dringende Aufforderung richten, sich bald zu melden, weil sonst keine geordnete Abwicklung der Arbeit möglich sei.

Polens Wiederwahl gesichert.

Im Laufe der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß er im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zum Völkerbundrat, die am 16. d. M. stattfinden werden, vom polnischen Außenminister Beck ein Schreiben erhalten habe, in welchem dieser ankündigt, daß Polen sich in diesem Jahre um die Wiederwahl bemühen und seine Kandidatur zum Völkerbundrat anstellen werde. Nach Informationen, die der Genfer Korrespondent des „Kulturwanng Kurjer Codzienny“ in Kreisen des Völkerbundrats eingeholt hat, gilt die Wiederwahl Polens als sicher.

Die Völkerbundjuristen über die Verfassungsbeschwerden.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Das Gutachten der Völkerbundjuristen über die Verfassungsbeschwerden der Oppositionsparteien ist jetzt in Danzig bekannt geworden. Es ist sehr umfangreich.

Zur Beschwerde über das

Ermächtigungsgesetz

stellt der Ausschuß fest, daß es mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden sei. Es war aber nicht Gegenstand zweier Lesungen, wie sie für Verfassungsänderungen vorgesehen ist. Darum habe auch der Völkerbund niemals eine Änderung der Verfassung darin gesehen. Der Völkerbund als Garant der Verfassung habe keine Einwendung gegen die Übertragung außerordentlichen Vollmachten auf den Senat durch einfaches Gesetz erhoben, sondern sie einschließend des angefochtenen Gesetzes als

mit der Verfassung vereinbar und gültig angesehen.

treten könnte. Einen schwereren Schlag für den Völkerbund und sein Ansehen könne man sich nicht vorstellen, er würde dann nicht einmal mehr ein Zweifelsband zum Schutz der französischen Interessen gegen Deutschland sein, sondern nur noch ein leerer Satz, eine Institution, die am flüchtigsten handeln würde, wenn sie so schnell als möglich eine Kommission zu ihrer eigenen Liquidierung bilden wollte.“

der Ausdruck, mit dem das Volk in Frankreich diesen Baum bezeichnet. Die Franzosen stehen natürlich der Enthüllung des Polen Stepanowski etwas zweifelnd gegenüber, doch wie dem auch sein mag, die Tatsache beweist wieder einmal, daß Familienforschung eine äußerst wichtige und nützliche Aufgabe ist. (Ed. A. Pfeiffer.)

Tatjana in Polen.

Nach der Anastasia-Sensation gibt es jetzt auch eine Tatjana-Legende.

Wie polnische Blätter zu berichten wissen, soll sich in Polen die Tochter des letzten Zaren, die Großfürstin Tatjana, als Frau eines Arztes Dr. A., aufhalten und sich jetzt darum bemühen, als die Tochter des Zaren anerkannt zu werden. Wie verlautet, sollen die polnischen Behörden sich bereits seit längerer Zeit damit befassen, die Angaben der „Zarentochter“ zu überprüfen.

Diese kam im Jahre 1923 als angebliche Tochter einer früheren Hofdame der Zarin, der Gräfin Roditschew-Mienschen, nach Polen und hielt sich zuerst in einem Kloster auf. Als sie erkrankte, wurde als Arzt Dr. A., der Sohn des früheren Leibarztes der Zarin, zu ihr gerufen. Es entspann sich eine Liebesgeschichte, der Arzt ließ sich von seiner Frau scheiden und heiratete die angebliche Komtesse Roditschew-Mienschen.

Als das Paar später ins Ausland reisen wollte und einen Paß beantragte, enthüllte die Gräfin das Geheimnis ihrer wahren Herkunft, indem sie behauptete, die überlebende Tochter des ermordeten russischen Kaiserpaars zu sein, und bat um Einleitung der not-

Die Maßnahmen des Senats dürften aber die in der Verfassung garantierten Grundrechte nicht verletzen, die „Nichtsnur und Schranke für die Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung“ bilden.

Eine solche Verletzung der Grundrechte sieht der Ausschuß im Gegensatz zum Danziger Obergericht in der von den katholischen Geistlichen angefochtenen Verordnung vom 4. April 1934 über das Tragen von Uniformen und ihre Handhabung, die den katholischen Jugendverbänden das Tragen einheitlicher Kleidung verbot. Die Tatsache, daß ein bestimmter Verband nicht der Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung entspreche, könne nicht als eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigend erachtet werden. Was die Zugehörigkeit von Schülern zu bestimmten Vereinigungen angehe, so sei sie vom Standpunkt der Verfassung nicht zu beanstanden, aber auch ihre Anwendung müsse mit der Verfassung in Einklang stehen.

Zur Zentrumsbeschwerde über den Ehrenschuß sagt der Ausschuß, es widerspreche dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, wenn Verbänden eine unterschiedliche rechtliche Behandlung zuteil werde, je nachdem, ob sie hinter der Regierung stünden oder nicht. Die angefochtene Verordnung sei daher nicht verfassungsmäßig.

Dagegen hat der Ausschuß nicht wie das Zentrum Anlaß zu Beanstandungen verfassungsmäßiger Art bezüglich der Verordnung über die Berufsvertretungen (Lehrer- und Beamtenbund), nur müsse bei ihrer Handhabung der Grundsatz gleicher Behandlung „ohne Unterschied der Rasse, Religion oder politischen Gesinnung“ beachtet werden.

Auf die Beschwerde der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ wegen ihres Verbots auf 5 Monate erklärte der Ausschuß, daß er wegen der Dauer des Verbots darin „einen Mißbrauch der Macht sehr ersten Charakters und eine Verwaltungsmaßnahme“ erblicke, die mit der Pressefreiheit in Widerspruch stehe.

Die Beschwerden der Juden waren diktiert von der Sorge, daß sie zu bestimmten Berufen nicht mehr Zutritt erhalten würden, seit die Berufsverbände einen solchen Einfluß bekommen hatten. Die vorgebrachte Beschwerde wegen der Wahl der Notare durch den Richterwahlausschuß erachtet der Ausschuß als nicht begründet. In der Verordnung widerspreche nichts der von der Verfassung garantierten Gleichheit. Auch hier komme es auf die Verfassung an. Wenn der Ausschuß z. B. nur wegen ihrer Rasse und Religion keine Juden mehr zu Notaren ernennen würde, so würde das eine der Verfassung widersprechende Handhabung sein. Die Beschwerde bringe aber kein Beispiel dafür vor.

Den gleichen Standpunkt nimmt der Ausschuß bezüglich der Ärzte ein. Grundsätzlich bemerkt der Ausschuß, der Senat dürfe nicht die Mehrheit mit der Gesamtheit der Bevölkerung identifizieren. Bei seiner Verwaltungstätigkeit müsse der Senat allen Gruppen der Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahren lassen und nicht nur der Gruppe gegenüber, deren politische Anschauungen er teile.

Nicht zulässig sei es, daß die Regierung bei der Verwaltung ein Parteiprogramm anwende,

das der Verfassung zuwiderlaufe, selbst wenn dieses Programm von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen werde. „Vergebens macht der Senat Erwägungen bezüglich der neuen Auffassung des Staates geltend, denn die Wahlen wie auch immer ihr Ergebnis ist, dürfen die Verfassung nicht beeinträchtigen, deren Gepräge der Staat trägt und die seinen Charakter bestimmt.“

In Danziger Regierungskreisen wird gegenwärtig das Gutachten nach der rechtlichen und tatsächlichen Seite hin geprüft. Der Präsident des Danziger Senats, Greiser, der bereits Danzig verlassen hat, um zunächst am Parteitag teilzunehmen, wird von dort nach Genf reisen, um auf der Tagung des Völkerbundrates Mitte September die Danziger Interessen wahrzunehmen. Bei der Umfanglichkeit des Gutachtens liegt eine Stellungnahme der Danziger Regierung noch nicht vor, jedoch verlautet von zuverlässiger Seite, daß die Danziger Regierung bereits nach einer oberflächlichen Prüfung zu dem Ergebnis gekommen ist, daß das Gutachten des Ausschusses infolge der irreführenden Unterlagen, die seitens der Oppositionsgruppen eingebracht wurden, in rechtlicher wie in tatsächlicher Hinsicht erheblichen Irrtümern zum Opfer gefallen ist. Jedenfalls reist die Danziger Delegation, wie es heißt, in der vollen Ruhe eines guten Gewissens zu den Beratungen nach Genf.

wendigen Untersuchungen, die feststellen sollen, daß sie die wahre Zarentochter ist. Angeblich soll auch die jetzt in Eisenstein lebende Gräfin Roditschew-Mienschen die kaiserliche Herkunft ihrer Fliegertochter bestätigen können. Auf alle Fälle ist nicht nur viel Geheimnis, sondern noch mehr Sensation von dieser Affäre zu erwarten.

Die polnische Armee rettet das Wawel-Schloß.

Wie die „Weltkunst“ mitteilt, kann das berühmte Wawel-Schloß in Krakau, das im 14. Jahrhundert gebaut wurde, aber durch zahlreiche Brände seine ursprüngliche bauliche Einheit vollständig eingebüßt hat, durch die Unterstützung der polnischen Armee wieder ganz instandgesetzt werden. Während mehrerer Jahre flossen zahlreiche Mittel aus Privathand zusammen, so daß ein großer Teil des Schlosses, besonders die Empfangs- und Festräume, wieder hergestellt werden konnten. Durch die Wirtschaftskrise gingen diese Spenden bedeutend zurück, und da der Staat nur 50 000 Zloty im Jahre bewilligen konnte, so mußte man befürchten, daß die Instandsetzungsarbeiten eingestellt würden.

Eine großzügige Hilfsaktion der polnischen Armee hat für die Weiterführung der Arbeiten an dem berühmten Wawel-Schloß gesorgt: die Kavallerie hat eine Summe von 103 000 Zloty gezehnet, die Artillerie 130 700 und die Infanterie 330 000 Zloty. Da ein großer Teil des Gesamtbetrages bereits gezahlt wurde, so schreiten die Arbeiten fort. Der westliche Flügel ist bereits wiederhergestellt.

Die Obstwirtschaft Polens.

Dr. Cr. In Anbetracht der Tatsache, daß die Einfuhr von Südfrüchten jahres, jährlich die Handelsbilanz Polens um ca. 14-15 Mill. Zloty belastet, werden in der polnischen Fachpresse, insbesondere von Seiten der Interessenten, Stimmen laut, die auf die Notwendigkeit einer Zollerhöhung für die Einfuhr hinweisen. Den entgegengesetzten Standpunkt nehmen die Exportanten und insbesondere die Importeure ein, die im Gegenteil eine Zollherabsetzung für notwendig und wünschenswert halten.

Diese Forderungen nötigen zu einer Prüfung der derzeitigen Lage der polnischen Obstwirtschaft.

Über den ziffernmäßigen Bestand an Obstbäumen gibt das statistische Amt Polens leider keine näheren Angaben. Der Bericht der Enquete-Kommission, die im Jahre 1926 der Öffentlichkeit zahlenmäßiges Material über den Obstbaumbestand unterbreitete, hat infolge des starken Frostes im Jahre 1929, wodurch etwa die Hälfte der Obstbäume vernichtet wurde, an Wert verloren. Man ist also in dieser Beziehung auf Schätzungen Sachverständiger angewiesen. Nach einer gut begründeten Schätzung wird der Baumbestand auf ca. 16 Mill. Stück veranschlagt. Von dieser Zahl entfallen ca. 50 Prozent auf Äpfel, 20 Prozent auf Birnbäume, und 30 Prozent auf Steinobst. Als Ertrag je Baum werden im Durchschnitt jährlich 14 Kilogramm Äpfel resp. 12 Kilogramm Birnen, bzw. 6 Kilogramm Steinobst angenommen. Der Gesamtertrag würde sich danach auf ca. 110 000 Tonnen Äpfel, 40 000 Tonnen Birnen und 30 000 Tonnen Steinobst, zusammen 180 000 Tonnen belaufen. Nach einer anderen Schätzung verfügt Polen zur Zeit über 18,5 Mill. Stück Obstbäume, wovon auf Äpfelbäume ca. 9 Mill. mit einem Durchschnittsertrag von 125 000 Tonnen Äpfel, auf Birnbäume ca. 4,5 Mill. Stück mit einem Jahresdurchschnittsertrag von 35 000 Tonnen Birnen und auf Steinobst ca. 5 Mill. Bäume mit einem Ertrag von 40 000 Tonnen Pflaumen und Kirschen entfallen. Insgesamt verfügt also Polen nach dieser Schätzung über ca. 18,5 Mill. Obstbäume, die einen Durchschnittsertrag von etwa 200 000 Tonnen liefern.

Wenn auch diese Mengen an Obst unter Umständen ausreichen können, um dem Obstbedarf des Landes zum großen Teil zu genügen, so vermindert doch die qualitative Beschaffenheit des Obstes seine Verkaufsfähigkeit und verursacht, daß nur ein geringer Teil des heimischen Obstes auf die Binnenmärkte gelangt. Die Vielzahl der Sorten, die meist unzureichende Pflege der Obstbäume die mangelhafte Bekämpfung der Obstschädlinge, die fehlerhafte Sortierung, Verpackung und Verfrachtung des Obstes wirken zu diesen Mängeln zusammen. Auch fehlerhafte und mangelhafte Handelsorganisation wirken sich für das Angebot an heimischem Obst ungünstig aus. Das in Polen allgemein verbreitete System der „Verpackung“ trägt zu einem überdimensionierten Angebot

insbesondere im Herbst bei. Infolge der schnellen Ausschöpfung der Vorräte und des Mangels an Kühlvorrichtungen für die Lagerung und Aufbewahrung von Obst, ist man in Polen gezwungen, im Winter und im Frühjahr größere Mengen Obst einzuführen. Das Fehlen einer Standardisierung hat zur Folge, daß einheimisches Obst um 70-75 Prozent weniger einträgt, als das eingeführte.

Zur Deckung des Bedarfs an qualitativ einwandfreiem Obst ist Polen auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen. Über die ziffernmäßige Gestaltung des Außenhandels mit Obst unterrichtet nachstehende tabellarische Übersicht: (Dztr.)

	Einfuhr	Ausfuhr
1928	190 254	138 668
1929	273 308	3 049
1930	401 679	34 618
1931	291 916	5 418
1932	229 645	2 105
1933	321 616	96
1934	2 068	189

Die Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre ergibt:

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Doppelzentner	Tausend Zloty		
1933	321 616	96	14 283	5
1934	312 968	189	14 057	14
1. Quartal 1934	97 961	2	4 216	2,4
1. Quartal 1935	336 031	20	22 249	6,2

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, ist der Import im letzten Steigen begriffen.

Nach den Angaben des Hauptstatistischen Amtes wurden von 1930 bis 1935 an Obst im einzelnen eingeführt: (in Dztr.)

	1930	1931	1932	1933	1934	1. Quartal 1935
Äpfel	105 364	81 671	35 532	60 424	32 150	17 932
Birnen	936	876	147	635	17	16
Pflaumen	25 034	12 963	6 065	52 018	27 555	51
Kirschen	7 311	6 298	3 294	4 395	2 628	—
Südfrüchte	263 007	190 108	184 607	204 144	256 318	79 962

Die Analyse der Ziffern ergibt eine sehr große Einfuhr von Südfrüchten; seit dem Jahre 1930 jedoch sinken die Importe. Das Jahr 1934 bleibt immer noch hinter 1930 und insbesondere hinter 1928/29 zurück, während 1935 allerdings einen erstaunlichen Aufstieg zeigt. Der Hauptgrund für diese Schrumpfung des Imports und somit des Konsums wird in den hohen Zöllen, welche die Preise für Südfrüchte bedeutend verteuern, erblickt. Aus gesundheitlichen Gründen kann eine solche Schrumpfung des Kon-

sums nicht gerechtfertigt werden. Ein Vergleich mit dem Auslande, insbesondere mit Deutschland, veranschaulicht den sehr geringen Verbrauch an Obst in Polen.

Nach den vom Reichstatistischen Amt veröffentlichten Zahlen befüllte sich der Bestand an Apfelbäumen in Deutschland im Jahre 1933 auf 51 Mill. Stück, an Birnbäumen auf 20 Mill., und an Pflaumen- und Kirschenbäumen auf 28 Mill. Stück. Die Obsternte betrug im Jahre 1933 884 000 Tonnen Äpfel, 466 000 Tonnen Birnen und 440 000 Tonnen Pflaumen und Kirschen. Die in der Höhe von 99,5 Mill. geernteten Bäume lieferten somit einen Ertrag von 1 740 000 Tonnen Obst. Von dieser Menge werden schätzungsweise ca. 30 Prozent in rohem Zustand verbraucht, was 10 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ausmacht; der Rest des Obstes wird zu Konerven und anderen Obstprodukten verarbeitet. Der relativ geringe Konsum einheimischen Obstes ist darauf zurückzuführen, daß die deutsche Bevölkerung viel Wert auf qualitativ einwandfreies Obst legt, und daß die heimische Produktion dieser Nachfrage nicht in vollem Umfang nachkommen kann. Man ist sich aber in verantwortlichen Kreisen der Tatsache bewußt, daß, solange die eigene Produktion in quantitativer Hinsicht nicht ausreicht, die Einfuhr notwendig ist.

In Relation zu Polen beträgt die Einfuhr nach Deutschland 130 557 Tonnen monatlich, nach Polen nur 33 916 Tonnen. Rechnet man zu dem Import, der auf rund 1,5 Millionen Tonnen veranschlagt werden kann, die Ziffern der eigenen Ernte hinzu (1 740 000 Tonnen), so beträgt der Verbrauch in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 53 Kilogramm jährlich. Die entsprechenden Ziffern für Polen ergeben einen Verbrauch von 7 1/2 Kilogramm pro Jahr und Person. Nach Ansicht von Sachverständigen Seite könnte Polen mindestens das Vierfache konsumieren.

Solange die heimische Wirtschaft keinen vollen Ersatz für das eingeführte Obst zu bieten vermag, solange läßt sich eine Verteuerung des Obstes nicht rechtfertigen. Die Erhebung der relativ hohen Zölle in Polen wäre zu rechtfertigen, wenn sie fremde Importeure zu tragen hätten, oder wenn das Obst durch fremde Häfen eingeführt worden wäre. Mit Rücksicht darauf, daß das Obst meist über Gdingen eingeführt wird, und daß eine Verbilligung des Obstes eine Steigerung des Konsums, und auch der Einnahmen des Staates zur Folge hat, ist die Forderung nach einer Ermäßigung der Zölle berechtigt. Auch eine geringere Zollhöhe gibt einen genügenden Schutz für die wünschenswerte Erweiterung der heimischen Obstwirtschaft. Wichtiger als ein überhöhter Zollsatz ist vorerst eine planmäßige finanzielle Unterstützung der Obstkultur, die die Entwicklung von Musteranlagen und umfassender Bepflanzung der ländlichen Bevölkerung verwandt wird, daneben zur Anbahnung einer geregelten Früchthandverwertung nach amerikanischem, italienischem und belgischem Muster. Erst wenn ein rationaler Obstbau von genügendem Umfang entwickelt worden ist, und in den vollen Ertrag hineinkommt, ist es an der Zeit, die erhöhte Produktion in ihrer Rentabilität durch eine entsprechende Regelung der Einfuhr zu schützen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 11. September auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Der Zloty am 10. September. Danzig: Ueberweisung 99,80 bis 100,20, Berlin: Ueberweisung große Scheine 46,79-46,97, Prag: Ueberweisung 46,00, Wien: Ueberweisung —, Paris: Ueberweisung —, Zürich: Ueberweisung 57,95, Mailand: Ueberweisung —, London: Ueberweisung 26,21, Kopenhagen: Ueberweisung 86,00, Stockholm: Ueberweisung 74,25, Oslo: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 10. Septbr. Umlauf, Verlauf — Kauf. Belgien 89,45, 89,68 — 89,22, Belgard —, Berlin 213,40, 214,40 — 212,40, Budapest —, Butarest —, Danzig —, Spanien —, Holland 358,50, 359,40 — 357,60, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 26,24, 26,37 — 26,11, Newyork 5,31 1/2, 5,34 1/2 — 5,28 1/2, Oslo —, —, —, Paris 34,98 1/2, 35,17 — 34,90, Prag 21,94, 21,99 — 21,89, Riga —, Sofia —, Stockholm 135,30, 135,95 — 134,65, Schweiz 172,70 — 173,13 — 172,27, Tallin —, Wien —, Italien 43,35, 43,47 — 43,23.

Berlin, 10. September. Amtl. Devisenkurs, Newyork 2,487-2,491, London 12,285-12,315, Holland 167,83-168,17, Norwegen 61,69 bis 61,81, Schweden 63,34-63,46, Belgien 41,91-41,99, Italien 20,36 bis 20,40, Frankreich 16,38-16,42, Schweiz 80,86-81,02, Prag 10,265 bis 10,285, Wien 48,95-49,05, Danzig 46,83-46,93, Warschau 46,83-46,93.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,27 Zloty, do. kleine 5,26 Zloty, Kanada 5,22 Zloty, 1 Pfund Sterling 24,88 Zloty, 100 Schweizer Franken 172,19 Zloty, 100 franz. Franken 34,98 Zloty, 100 deutsche Reichsmark nur in Gold — Zloty, 100 Danziger Gulden — Zloty, 100 tschech. Kronen — Zloty, 100 österr. Schillinge 98,50 Zloty, holländischer Gulden 35,60 Zloty, Belgisch Belgas 88,86 Zloty, ital. Lire 35,00 Zloty.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 10. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:	
Roggen 45 to	12,60

Richtpreise:	
Weizen	17,00-17,25
Roggen, vorjährig	—
Roggen, neu, trocken	12,25-12,50
Braugerste	—
Einheitsgerste	13,50-14,25
Wintergerste	13,00-13,25
Safer, neu	14,00-14,50
Roggenmehl (65%)	17,75-19,25
Weizenmehl (65%)	27,50-28,00
Roggenkleie	9,50-10,00
Weizenkleie, mittelf.	9,25-9,75
Weizenkleie, grob	9,75-10,25
Gerstenkleie	9,00-10,25
Wintertraps	33,50-34,50
Rüben	31,00-32,00
Reinamen	32,00-34,00
blauer Mohr	43,00-45,00
gelbe Lupinen	—
blaue Lupinen	—
Serabella	—
roter Alee, roh	—
weißer Alee	—
Internatelle	37,00-40,00
Alee, gelb	—
ohne Schalen	—
Senf	35,00-37,00
Beluchfen	—
Vittoriaerbien	26,00-29,00
Folgererbien	20,00-22,00
Alee, gelb	—
in Schalen	—
Engl. Rangas	—
Speisefartoffeln	—
Kabritfartoffeln, p.kg.	—
Weizenstroh, lose	1,50-1,70
Weizenstroh, gepr.	2,10-2,30
Roggenstroh, lose	1,75-2,00
Roggenstroh, gepr.	2,25-2,50
Haferstroh, lose	2,50-2,75
Haferstroh, gepr.	3,00-3,25
Gerstenstroh, lose	1,00-1,50
Gerstenstroh, gepr.	1,90-2,10
Heu, lose	5,50-6,00
Heu, gepreß.	6,00-6,50
Reiseheu, lose	6,50-7,00
Reiseheu, gepreß.	7,00-7,50
Reinfuchsen	17,50-17,75
Rapsfuchsen	13,50-13,75
Sonnenblumenfuchsen	18,75-19,25
Sojaöl	19,00-20,00

Gesamtstendenz ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 685 to, Weizen 264 to, Gerste 332,5 to, Safer 46,5 to, Roggenmehl 126,5 to, Weizenmehl 196 to, Kartoffelflocken — to, Roggenkleie 117,5 to, Weizenkleie 127,5 to, Gerstenkleie — to, Vittoriaerbien 62,5 to, Folgererbien — to, Wied — to, Beluchfen — to, blaue Lupinen — to, gelbe Lupinen — to, Futterlupinen — to, Samereien — to, Reinfuchsen 10 to, Rapsfuchsen 15 to, Rotsfuchsen — to, Wolle — to, Erdnustfuchsen — to, Speisefartoffeln — to, Senf 5 to, Raps 32 to, Mais — to, blauer Mohr — to, Sekartoffeln — to, Kabritfartoffeln — to, Erbisenfuchsen — to, Luzerne — to, Stroh — to, Weißflee — to, Schwebenbleie — to, Internatelle — to, Sonnenblumenfuchsen — to, Flocken — to, Wein 3 to, Rüben — to.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 11. September. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.), Braugerste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Safer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:	
Roggen	145 to 12,00-12,40
Roggen	— to —
Weizen	— to —
Braugerste	— to —
Roggenkleie	— to —
Weizenkleie	— to —
Safer	— to —
gelbe Lupinen	— to —
Beluchfen	— to —
Sammelgerste	— to —
Vittoriaerbien	— to —
Speisefart.	— to —
Sonnenblumenfuchsen	— to —

Richtpreise:	
Roggen	12,25-12,50
Standardweizen	16,50-17,00
a) Braugerste	15,50-16,00
b) Einheitsgerste	14,00-14,50
c) Sammelg. 114-115	13,50-14,00
d) Wintergerste	—
Safer	14,25-14,75
Roggenm. I A 0-55%	20,00-20,50
IB 0-65%	18,75-19,00
II 55-70%	14,50-15,00
Roggen-ichrom. 0-95%	15,50-16,00
Roggen-nachmehl unt. 70%	12,50-13,00
Weizenm. I A 0-20%	29,00-31,00
IB 0-45%	27,50-28,50
IC 0-55%	26,75-27,75
ID 0-60%	25,75-26,75
IE 0-65%	24,75-25,75
IIA 20-55%	23,00-24,00
IIB 20-65%	22,50-23,50
IIC 45-55%	—
IID 45-65%	21,25-22,25
IIE 55-60%	—
IIF 55-65%	17,00-17,50
IIG 60-65%	—
IIA 65-70%	16,25-17,25
IIB 70-75%	15,00-15,50
Weizenichrom. nachmehl 0-95%	19,50-20,00
Roggenkleie	9,25-9,75
Weizenkleie, fein	9,75-10,50
Weizenkleie, mittelf.	9,25-9,75
Weizenkleie, grob	9,50-10,25
Gerstenkleie	9,00-10,25
Wintertraps	33,50-34,50
Rüben	31,00-32,00
Reinamen	32,00-34,00
blauer Mohr	43,00-45,00
gelbe Lupinen	—
blaue Lupinen	—
Serabella	—
roter Alee, roh	—
weißer Alee	—
Internatelle	37,00-40,00
Alee, gelb	—
ohne Schalen	—
Senf	35,00-37,00
Beluchfen	—
Vittoriaerbien	26,00-29,00
Folgererbien	20,00-22,00
Alee, gelb	—
in Schalen	—
Engl. Rangas	—
Speisefartoffeln	—
Kabritfartoffeln, p.kg.	—
Weizenstroh, lose	1,50-1,70
Weizenstroh, gepr.	2,10-2,30
Roggenstroh, lose	1,75-2,00
Roggenstroh, gepr.	2,25-2,50
Haferstroh, lose	2,50-2,75
Haferstroh, gepr.	3,00-3,25
Gerstenstroh, lose	1,00-1,50
Gerstenstroh, gepr.	1,90-2,10
Heu, lose	5,50-6,00
Heu, gepreß.	6,00-6,50
Reiseheu, lose	6,50-7,00
Reiseheu, gepreß.	7,00-7,50
Reinfuchsen	17,50-17,75
Rapsfuchsen	13,50-13,75
Sonnenblumenfuchsen	18,75-19,25
Sojaöl	19,00-20,00

Allgemeine Tendenz: stetig. Roggen und Safer fest, Gersten ruhig, Weizen, Weizen- und Roggenmehl stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	832 to	Speisefartoffel	— to	Safer	90 to
Weizen	142 to	Futterartoffel	— to	Beluchfen	— to
Braugerste	60 to	Saatartoffel	— to	Soya-Schrot	— to
a) Braugerste	380 to	blauer Mohr	— to	Rüben	25 to
b) Winter-	— to	weißer Mohr	— to	Gemenge	15 to
c) Sammel-	258 to	Reiseheu	— to	gelbe Lupin.	— to
Roggenmehl	41 to	Rottflee	— to	Rapsfuchsen	— to
Weizenmehl	143 to	Gerstenkleie	60 to	Reinamen	12 to
Vittoriaerbien	— to	Serabella	— to	Raps	— to
Folger-Erbien	15 to	Trodenknitzel	— to	Sonnenblumen-	— to
Reid-Erbien	— to	Senf	— to	ichrot	— to
Roggenkleie	102 to	Rartoffelflock.	— to	Reiseheu lose	— to
Weizenkleie	162 to	Roggenichrot	— to	Wolle	2,8 to

Gesamtangebot 2523 to.

Warschau, 10. September. Getreide, Mehl- und Futtermittel. Abchlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kilo. Parität. Wagon Warschau: Einheitsweizen 18,50-19,00, Sammelweizen 18,00-18,50, Roggen I 12,25-12,50, Roggen II 12,00-12,25, Einheits-safer 15,50-16,00, Sammel-safer 14,50-15,00, Braugerste 16,50-17,50, Maltgerste 14,50-15,00, Grüngrütze 13,50-14,00, Speiseferbien 23,00 bis 25,00, Vittoriaerbien 30,00-33,00, Widen —, Beluchfen —, doppelt gereinigte Serabella —, blaue Lupinen —, gelbe —, Wintertraps 35,00-36,00, Wintertraps 33,00-34,00, Sommertraps —, Reinamen 32,00-33,00, roher Rottflee ohne dicke Flachsleibe —, roher Weißflee —, bis —, Weißflee ohne Flachsleibe bis 97%, gereinigt —, blauer Mohr 46,00-48,00, Weizenmehl I A 31,00-33,00, B 29,00 bis 31,00, C 27,00-29,00, D 25,00-27,00, E 23,00-25,00, II A —, B 22,00-24,00, C —, D 21,00-22,00, E —, F 20,00-21,00, G 19,00-20,00, H 14,00-15,00, Roggenmehl I (0-65%) 21,00-22,00, Roggenmehl II (0-65%) 20,00-21,00, Roggenmehl III 16,00-17,00, Roggenichrotmehl 16,00-17,00, Roggenichrotnachmehl 10,50-11,00,

grobe Weizenkleie 9,50-10,00, mittelfarb 9,00-9,50, fein 9,00 bis 9,50, Roggenkleie 8,00-8,50, Reinfuchsen 16,50-17,00, Rapsfuchsen 12,50-13,00, Sonnenblumenfuchsen —, Soja-Schrot 20,50 bis 21,00, Speisefartoffeln —.

Umsätze 2953 to, davon 1971 to Roggen. Tendenz: beständig.

Viehmarkt.

(Wiederholt für einen Teil unserer Auflage.)

Polener Viehmarkt vom 10. Septbr. (Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: Rinder 350 (darunter 24 Ochsen, 116 Bullen, 210 Kühe, — Färien, — Junavieh), 514 Rälber, 111 Schafe, 1780 Schweine, zusammen 2755 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty (Preise loco Viehmarkt Polen mit Handelsunkosten):

Rinder: Ochsen: vollfleischig, ausgemästete Ochsen von höchstem Schlachtgewicht, nicht angeh. 64-72, vollfleischig, ausgem. Ochsen bis zu 3 J. 56-60, junge, fleischig, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 50-54, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 42-48.

Bullen: vollfleischig, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 60-64, vollfleischig, jüngere 54-58, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 46-50, mäßig genährte 40-44.

Kühe: vollfleischig, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 60-66, Maitkühe 52-58, gut genährte 36-40, mäßig genährte 20-22.

Färien: vollfleischig, ausgemästete 64-72, Maitfärien 56-60, gut genährte 50-54, mäßig genährte 42-48.

Jungvieh: gut genährtes 42-48, mäßig genährtes 38-40.

Rälber: beste ausgemästete Rälber 78-84, Maitälber 72-76, gut genährte 64-70, mäßig genährte 54-60.

Schafe: Maitlamm und jüngere Maitlamm 64-70, gemästete, ältere Hammel und Mutterlamm 56-62, gut genährte 44-50, alte Mutterlamm —.

Schweine: gemästete 120-150 kg Lebendgewicht 110-118, vollf. von 100-120 kg Lebendgew. 102-108, vollf. von 80-100 kg Lebendgewicht 92-100, fleischig Schweine von mehr als 80 kg Lebendgewicht 80-90, Sauen u. ipäte Rastate 82-100, Bacon-Schweine —.

Marktverlauf: ruhig